

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

### Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Bei Abholung aus unserer Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnements 4 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1889 unter Nr. 866.)

Für das Ausland: Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

### Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.

Druckerei: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

## Der Papst und die Arbeiterfrage.

II.

Sehr billige und abgestandene „Weisheit“ ist es, wenn der Papst die Ehre der Arbeit und ihr Recht auf die christliche Lehre gründet und ihr die Sklaverei des heidnischen Alterthums gegenüberstellt. Auch im Slaven den Menschen zu ehren, darauf haben schon die Stoiker der heidnischen Zeit gedrungen. Der heidnische Philosoph Cicero schrieb: „Wir dürfen nicht vergessen, daß die Gerechtigkeit auch gegen Menschen der niedrigsten Klasse Pflicht ist. Und welche Klasse ist wohl niedriger, als die der Slaven? Diejenigen geben die beste Regel, welche sagen, man müsse mit ihnen wie mit Tagelöhnern umgehen, die Arbeit, die sie schuldig sind, von ihnen fordern und ihnen dafür den billigen Unterhalt reichen.“ — Diese Worte des heidnischen Philosophen, geschrieben zu einer Zeit, als die Sklaverei noch als „unantastbare Grundlage der Gesellschaftsordnung“ tatsächlich bestand, wiegen denn doch noch schwerer, als die Worte des christlichen Papstes: „Die leitenden Klassen müssen ein Herz haben für diejenigen, die im Schweisse ihres Angesichts arbeiten.“ Denn diese Lehre ist nunmehr achtzehnhundert Jahre hindurch in allen Ländern der Christenheit verkündet worden; aber ihre Verkündung hat nicht bewirkt, daß die arbeitenden Klassen von Noth und Elend befreit, und die sozialen Daseins- und Interessenkämpfe gemildert, geschweige denn vermieden wurden. Das „christliche Bewußtsein“ bestand immer nur in der Idee, niemals in der Wirklichkeit für die Allgemeinheit. Und gerade die Kirche, deren Oberhaupt der Papst ist, hat sich oft genug in schwerster Weise gegen das Brudertum, insbesondere gegen die Ehre und das Recht der Arbeit vergangen. Die mittelalterliche Kirche hat das System der Leibeigenschaft und Hörigkeit — diese neue Form der Sklaverei — in größtem Maße gepflegt und entwickelt, — und die Kirche hat sich der Abschaffung dieses Systems mit äußerster Entschiedenheit widersetzt. Einer der hervorragendsten Kirchenväter, der „heilig“ gesprochene Thomas von Aquino, den die katholische Kirche noch heute hochhält als den „wahrsten Vertreter ihrer Befinnungen und Absichten“, ist es gewesen, der von den Arbeitern sagte, daß sie „nicht Bürger des Staates“ sein könnten, sondern eben nur Slaven, von denen er will, daß sie stark von Körper sind, schwach an Verstand, von wenig Muth, denn so werden sie nützlicher sein und nicht ausarten in Rationationen gegen ihre Herren.

So denkt in Bezug auf die „freien Arbeiter“ die Kirche noch heute; aber ihre Repräsentanten sind klug genug, diesen Gedanken keinen oder doch nur einen sehr vorsichtigen Ausdruck zu geben. „Der Arbeiter soll ehrerbietig sein“, sagt der Papst. Verdient ein Unternehmer Ehre, so wird sie ein rechtlich denkender Arbeiter ihm gewiß nicht vorenthalten. Aber

die Ehrerbietung als eine spezifische Pflicht der Arbeiter gemeinhin aufzustellen, ihnen zu sagen, „Ihr müßt ehrerbietig dafür sein, daß Euch der Arbeitsherr Brot giebt“, — das vertritt sich mit den geläuterten Rechts- und Moralgrundsätzen unserer Zeit nicht! Der Arbeiter ist eben ein freier und gleichberechtigter Staatsbürger, oder soll es doch sein. Nicht „ehrerbietig“ im Sinne der demüthigen und schweigenden Unterwerfung soll er sein, sondern stolz, selbstbewußt, in all seinem Denken und Handeln geleitet von der Erkenntniß seines ökonomischen und sittlichen Wertes, seiner menschlichen und staatsbürgerlichen Würde. Dem Bewußtsein der Pflicht soll das Bewußtsein des Rechtes die Wage halten.

So und nicht anders kann unsere Zeit zur Erfüllung ihrer hohen Kulturaufgaben den Arbeiter gebrauchen; in dieser Richtung aufwärts strebend, soll der Arbeiter sich entwickeln.

Es ist überflüssig und hat gar keinen in Thatfachen begründeten Sinn, die Arbeiter an ihre „Pflicht zur Arbeit“ zu ermahnen, wie der Papst es thut, indem er dabei bemerkt, daß es „seige und Berrath an einer heiligen und grundlegenden Pflicht sei, sich der Arbeit zu entziehen“. Das ist allerdings eine Wahrheit; der Papst möge sie nur an die rechte Adresse richten; die Arbeiter haben diese Wahrheit längst erkannt, sie gelehrt und ihr entsprechend gehandelt; dafür hat man sie oft genug „umstürzlerischer“ Bestrebungen beschuldigt, während man jene Lehre als eine „sozialistische“ in Verfall zu bringen versuchte.

Ein Satz aus der Rede des Papstes müssen wir hier noch nachtragen; er lautet: „Um die Arbeitenden und Armen wirksam zu stärken, fügte der Stifter des Christenthums das Beispiel zu der Lehre. Er hatte nichts, wohn er sein Haupt hätte legen können, er ertrug Hunger und Durst; er verbrachte sein öffentliches und Privatleben in Anstrengungen, Mühen und Leiden.“

Der Papst lehrt hier das kirchliche Dogma von der Entsagung für die Arbeitenden und Armen heraus, — eins der kulturwidrigsten Dogmen, die es giebt.

Immer ist der Kirche die Armuth, das demüthige und freudige Ertragen aller Noth und alles Elends „um Gottes Willen“, Bedingung für den Erwerb und das Wachstum der „göttlichen Gnade“ gewesen. Hätte die Kirche ihrem Entsagungs-Dogma die Allgemeinheit der Menschen unterordnen können, so würden die achtzehnhundert Jahre ihrer Herrschaft genügt haben, die Menschheit um alle Kultur und Kulturfähigkeit zu bringen. Denn dieses Dogma streitet wider die menschliche Natur der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung, wonach in allen Menschen, in allen Interessen und in allen Klassen, in allen Zeitaltern und in allen Ländern die Selbstsucht die große bewegende Macht ist, — eine Macht, die nicht zerstört werden kann, die geläutert und auf die rechten Ziele nach Maßgabe der Sozialgerechtigkeit gerichtet werden muß.

Eine andere Behandlung läßt sich die Selbstsucht als natürliche Macht nicht gefallen; sie reagirt gegen jeden Unterdrückungsversuch, besonders wenn derselbe auf religiöse Dogmen sich stützt. Das lehrt die Geschichte! Es mag recht bequem sein, sich mit dem Streit zwischen Kapital und Arbeit in der Weise abzufinden, daß man, wie der Papst es thut, den Arbeitenden die Pflicht der Demuth, der Duldung und Entsagung diktiert und von den Reichen sagt, sie seien zum „Schahmeister Gottes auf Erden“ geschaffen worden und hätten von Gott „Vorschriften über den guten Gebrauch der zeitlichen Güter“ empfangen, gegen deren Nichtbeachtung der Heiland „furchtbare Drohungen“ gerichtet habe. Ja, ja, — das ist recht bequem, aber auch recht unwissenschaftlich. Die Geschichte zeigt, was diese religiöse Lehre genügt hat; in den wirtschaftlich-sozialen Daseins- und Interessenkämpfen ist sie völlig unbeachtet und unwirksam geblieben, selbst als die Kirche noch eine unumschränkte Macht über die Geister und Gemüther besaß. Um wie viel mehr wird sie unwirksam bleiben in unserer Zeit!

Dieselben Dogmen, auf welche die Kirche sich stützt, um darzutun, daß sie einen „sozial-reformatorischen Beruf“ habe, beweisen, daß sie ihn nicht hat. Und die Geschichte beweist, daß sie in der That noch niemals die Hand zu einer wirklichen Sozialreform geboten, ja, ihren Dogmen entsprechend, niemals bieten konnte. Ost genug hat sie den weltlichen Gewalthabern und den herrschenden Ständen ihre Hand geliehen, die Bedrängten und Verfolgten noch tiefer in Noth und Elend zu stürzen.

Von jeher beruht alle Welt-, Gesellschafts- und Staatsordnung auf dem Eigenthum. Und stets hat den kirchlichen Dogmatikern der Eingriff in diese Ordnung, welche sie eine „unantastbare göttliche“ nannten, als „schwere Sünde“ gegen die Gottheit gegolten. Auch die Leibeigenschaft und Hörigkeit haben sie als „unantastbar“, weil „von Gott gewollt“, verteidigt. Aber die Geschichte hat nicht darnach gefragt; sie hat von den Einrichtungen des historischen Rechts ein Stück nach dem andern, so bald es sich überlebt, beseitigt. Und was that dann die Kirche? Sie paßte, wie David Strauß zutreffend sagt, sich immer nur gezwungen den nothwendigen Verbesserungen an; nichtsdestoweniger gab sie später, in einer vorgeschrittenen Zeit, dieselbe als ihre Errungenschaften an.

In den Eigenthumsverhältnissen, in der Art und Weise der Vertheilung und des Gebrauches der Güter nach Maßgabe historisch erworbener, im Laufe der geschichtlichen Entwicklung entstandener und zur Herrschaft gelangter positiver Rechte; in den Institutionen und Veranstaltungen zum Schutze und zur Förderung dieser Herrschaft, sowie endlich in den Konsequenzen, welche sich aus derselben für die Menschen, Einigen zum Vortheil, den Anderen zum Nachtheil, ergaben, — in alledem begreift sich die Welt-, Gesellschafts- oder Staatsordnung, als organisches Ganzes betrachtet. Dieser Organismus aber ist nichts ein für alle Mal Fertiges,

Montsou kommandirte, vernahm er in seinem Innern eine andere Stimme, die der Vernunft, welche fragte: Wozu das alles? Er hatte von alledem nichts gewollt; wie kam es, daß, obwohl er nach Jean-Vart in der Absicht aufgebrochen, mit Besonnenheit zu handeln und jeden Uebergriß, jedes Unheil zu verhüten, daß er trotzdem von Gewaltthat zu Gewaltthat gegangen und jetzt das Haus des Direktors bedrohte?

Und doch war er es, der hier vor der Villa Galt gerufen. Allerdings hatte er es gethan, um die Verträume der Kompagnie zu retten, wohin die Bande im Begriff gewesen, ihren Zerstörungsmarsch zu richten. Jetzt, da die Kiesel an die Fassade des Gebäudes stiegen, suchte er ohne zu finden, eine Ableitung für den Zorn der Menge, irgend ein legitimes Opfer, auf welches er sie werfen könne, um größerem Unglück vorzubeugen.

Als er so überlegend inmitten der Chaussee stand, rief ihm Jemand von der Schwelle des Café Tison, dessen Fenster geschlossen waren, zu:

„Komm doch herein zu uns!“

Es war Raffeneur. An dreißig Männer und Frauen aus dem Arbeiterdorf des Boreux, welche am Morgen daheim geblieben und Abends ausgegangen waren, um zu erfahren, was es Neues gebe, hatten sich beim Nahen des Krupps hier hingelächelt. Zacharias saß dort mit seiner Frau Philomene, dann Pierron und die Pierronne, welche sich verstickten, und andere. Niemand verzehrte etwas.

Als Stephan Raffeneur erkannte, drehte er ihm den Rücken.

„Mein Anblick ist Dir unangenehm, nicht wahr?“ fuhr der Wirth fort. „Ich hatte Dir vorausgesagt, was kommen werde; jetzt fängt's an: Ihr verlangt Brot und Blei wird man Euch geben!“

Stephan wandte sich um: „Unangenehm ist mir der Anblick von Memmen, die

## Feuilleton.

### Germinal.

Sozialer Roman von Emile Zola.

Einzig autorisirte Uebersetzung von Ernst Siegler.

„Ah“, schrieen sie, „wir werden diesem schuftigen Bürger-vad Champagner und Trüffel einflößen, daß ihnen die Eingeweide zerplagen sollen!“

Und wieder tobte der Chor:

„Brot! Brot! Brot!“

„Ihr Thoren!“ wiederholte Hennebeau leise, „bin denn ich glücklich?“

Ein Zorn packte ihn gegen diese Menschen, welche von seinem eigenen Leid nichts begriffen. Er hätte ihnen ja gerne seinen großen Gehalt geschenkt, wenn er dafür ihre harte Haut und ihren leicht befriedigten Sinn hätte eintauschen können. Er hätte sie mit Freuden an seinen Tisch gesetzt und mit Fasan gefüttert, um dafür heimlich wie sie mit einem Grubenmädchen zum Stelldichlein zu gehen, zufrieden wie sie mit diesem Mädchen, und umbelämmert voran, ob schon Andere vorher mit ihr gegangen. O Alles, seine Erziehung, sein Wohlleben, seinen Luxus, seine Stellung und Macht, Alles möchte er hingeben, und dafür nur einen Tag lang der Kernste von diesen Armen sein, frei seinem Instinkt gehorchen, seine Frau schlagen und die Nachbarin nehmen, wie ein Thier leben, nichts besitzen, mit dem häßlichsten Rohlenmädchen in die Felder gehen — und im Stande sein, daran ein Genügen zu finden! Oder wenigstens darben und Noth leiden, hungern, so recht verzweifelt hungern, daß der Magen sich krümmt und das Gehirn schwindelt — vielleicht hätte das seinen Schmerz gelindert!

„Brot! Brot! Brot!“

Er wurde wüthend und rief aus seinem Versteck in den Lärm hinunter:

„Brot, Ihr Dummköpfe? ist denn das genug, um glücklich zu sein?“

Er hatte Brot und litt so jämmerlich! Seine unselbige Ehe, sein schmerzgetränktes Leben schnürten ihm schluchzend die Brust zusammen! O nein, Brot haben ist nicht genug! Wer ist der Narr, der das Glück im Reichthum wähnt? Diese Hirngespinnste revolutionsfächtiger Thoren mögen die Gesellschaft zerstören und eine andere aufbauen; aber sie werden der Menschheit nicht eine neue Freude beschleeren; sie werden, und wenn sie alles Gold vertheilen, nicht einen Schmerz vom Erdboden tilgen! Im Gegentheil, sie werden das Unglück vermehren; denn sie reißen die Menschen aus der ruhigen Befriedigung des Instinktes heraus und werfen sie dem unstillbaren Jammer nie satter Leidenschaften in die Arme. Nein, das einzig Glückliche ist nicht sein, und wenn man ist, dann Baum sein, Stein, noch weniger: das Sandkorn, das nicht unter dem Absatz des Wanderers blutet!

Thranen drangen in seine Augen und rannen in heißen Tropfen die Wangen hinunter. Es dämmerte auf der Straße; die ersten Steine prallten an's Haus. Hennebeau hatte keinen Zorn mehr gegen das hungernde Volk; doch, schmerzverzerrt von der klaffenden Wunde in seinem Herzen, schluchzte er:

„Die Thoren! Die Thoren!“

Aber brausend wie ein Orkan schwall der Alles ver-schlängelnde Schrei des Hungers:

„Brot! Brot! Brot!“

### Sechstes Kapitel.

Stephan, ernüchtert durch den Schlag von Katharina's Hand, hatte sich wieder an die Spitze der Kameraden gestellt, doch während er mit heiserer Stimme den Marsch gen

sondern den Gesetzen der Entwicklung unterworfen, wonach das Eigentum, die Eigenschaftsbegriffe und Verhältnisse und die sie stützenden historischen Rechte sich beständig verändern. Ohne diese Veränderung wäre ein sozialer Daseins- und Interessenkampf, wie er seit Jahrtausenden geführt wird und den Inhalt der ganzen Geschichte ausmacht, garnicht denkbar. Von Zeit zu Zeit wird der Begriff des erworbenen Rechtes freitig; er gerät in Konflikt mit dem von ihm verleugneten und verletzten Begriff des natürlichen Rechtes, welches jedem Menschen ohne Unterschied den gleichen Anspruch auf die Mittel zu einer menschenwürdigen Existenz verleiht.

In einer solchen Zeit befinden wir uns heute. Der Streit dreht sich um das Eigentum, bezw. um gerechtere Vertheilung des Arbeitsertrages als Grundlage alles Eigentums. Das und nichts Anderes ist der Kernpunkt der sozialen Frage unserer Zeit. Dagegen kann das religiöse Dogma von der Pflicht der „Ergebung in den Willen Gottes“ sich nicht behaupten; dasselbe bildet den denkbar schärfsten Gegensatz des Inhalts der sozialen Frage. Nicht Ergebung in Noth und Elend, sondern Erlösung daraus, nicht „christliche Wohlthätigkeit“, sondern Sozialgerechtigkeit, das ist, worauf es bei aller Sozialreform ankommt! Und diese Reform liegt nur beim Staate.

## Korrespondenzen.

London, 7. Dezember. Was würden die Leser des Berliner Volksblatt für Augen machen, wenn sie eines Tages auf folgende Notiz stoßen würden:

„Besten Montag predigte in der St.-Katholiken Kapelle N. N. über den Arbeitsausstand auf den Fischen Werken. Er geistelte die Hartherzigkeit der Firma, die doch lediglich dem Fleiß ihrer Arbeiter die hohen Gewinne verdankt, die das Werk alljährlich abwirft, und trat mit großem Eifer für die Forderungen der Arbeiter ein, die er als durchaus berechtigt, ja beschiden bezeichnete. Den Bibeltext, den er seiner Predigt zu Grunde legte, war Jakobi 5, Vers 1 und 4: „Wohlan nun, ihr Reichen, weinet und heulet über euer Elend, das über euch kommen wird. Siehe, der Arbeiter Lohn, die euer Land ein gemerret haben, und von euch abgetrohen ist, das schreiet.“ Am Schluß seiner Predigt forderte der Pastor die Anwesenden zu einer Sammlung für die Streikenden auf und erklärte sich bereit, in den nächsten Wochen Beiträge für den Streikfond entgegenzunehmen. Die alsdann vorgenommene Kollekte ergab ein sehr gutes Resultat.“

Wahrscheinlich würden die Einen diese Notiz für einen guten, die Andern sie für einen schlechten Witz der Redaktion, kein einziger Leser aber sie für wahr halten. Und doch ist sie wahr, wenn auch natürlich nicht in Bezug auf irgend eine Kirche oder Kapelle in Berlin. Die Sache ist in London passiert, in der sehr ansehnlichen Bedford-Kapelle. Der Prediger war der Reverend Stopford Broole, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, und der Streik, für den er seine Hörer in berebten Worten zu gewinnen suchte, war der nun über zehn Wochen andauernde Ausstand der Arbeiter der Silberortner Werke im äußersten Osten Londons. Es wird die Leser des Berliner Volksblatt vielleicht interessieren, mehr aus der Predigt des Herrn Stopford Broole, der nicht nur als Kanzelredner, sondern auch als Schriftsteller einen guten Ruf genießt, zu vernehmen.

Herr Broole begann, nach dem Bericht des radikalen „Star“, mit der berühmten Ermahnung, „Gerechtigkeit zu üben, den Unterdrückten beizustehen, den Weifen zu helfen und für die Rechte der Wittwen einzutreten“, und schilderte dann das Verhalten des Herrn Gray (der Direktor der Silberortner Werke) und seiner Genossen, ihre hartherzige Weigerung, sich auf ein Schiedsgericht einzulassen, und die grausame Ungerechtigkeit ihres Systems. Herr Gray, sagte er, ist berechtigt dafür, den letzten Tropfen Arbeitskraft aus seinen Arbeitern herauszupressen, für die schlechteste Bezahlung. Der türkische Sultan mache nicht eifersüchtiger über seine Herrlichkeit, als dieser Mensch. Wessen Arbeit aber habe die 160 000 Pfund Gewinn, welche die Gesellschaft im letzten Jahre gemacht, hervorgebracht? Die Arbeiter mit Leib und Seele. Für 1/10 davon hätten die Aktionäre und Direktoren absolut nichts gethan (dieselben entfallen auf Regierungsaufträge) sie hätten daher alle Ursache, mit 12 statt 15 pSt. Dividend zu zufrieden zu sein und die anderen 3 pSt. zu verwenden, den Arbeitern ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen. Je mehr das neue „soziale Gewissen“ sich ausbreitet, um so mehr werde die öffentliche Meinung für anständige Löhne für die Arbeiter einreizen. Hierauf gab Herr Broole, wobei er hervorhob, daß er selbst die Verhältnisse untersucht, ein ergreifendes Bild von den schrecklichen Härten des in Silberortner herrschenden Sklavensystems,

mit leeren Händen zuschauen, während wir unsere Haut riskieren.“

„Ist es Deine Absicht, dort drüben zu plündern?“ entgegnete Masseneur, ohne böse zu werden.

„Meine Absicht ist, bis zum letzten Augenblick mit den Kameraden auszuharren, und sollten wir alle mit einander umkommen.“

Stephan wandte sich wieder zu der tobenden Menge, er war bis zum Tode betrübt und bereit zu sterben, wenn es sein müßte.

Auf der Straße unterrichtete Jeanlin seine Kameraden Wöbert und Lydia, welche sich eingefunden hatten, im Schleudern und die drei Kinder wetteiferten unter einander, wer am besten das Haus treffen und den meisten Schaden anrichten könne. Lydia hatte mit einem ungeschickten Wurf die Frau eines Grubenmannes getroffen, und die beiden Jungen hielten sich die Seiten vor Vergnügen. Unweit saßen auf einer Bank Bonnemort und Mougue und blickten in das wilde Kreischen. Bonnemort's geschwollenen Beine hatten ihn kaum bis hierher getragen, und er sah so stumpf vor sich hin, daß man nicht wußte, ob er wohl Antheil an dem nehme, was um ihn herum vorging; er hatte das fahle, abgestorbene Gesicht jener Lage, an welchen man nicht eine Silbe aus ihm herausbringen konnte.

Stephan vertrieb die Kinder und rief den Kameraden zu, sie sollen ihr Bombardement unterlassen, da es zu nichts führe, die Scheiben zu zertrümmern. Aber Niemand gehorchte ihm. Die Steine hagelten trotz seines Verbotes, und er stand bestürzt und rathlos dieser entfesselten Horde gegenüber, die, so schwer zu einer That zu bewegen, wenn einmal hingerissen, maßlos und furchtbar in ihrem Zorn werden konnte. Das flämische Blut in den Adern dieser Race, war's, das sie schwerfällig und friedliebend machte, so daß es monatelanger Ueberredung bedurfte, um sie für einen kühnen Gedanken zu begeistern; während sie andererseits unaufhaltsam in ihrer Wildheit werden und sich in den grausamsten Rohheiten berauschen. Bei ihm im Süden entzündete sich die Menge schneller, aber sie richtet weniger Unheil an. Er mußte mit Levaque ringen, um ihm die Hacke zu entreißen, und versuchte ver-

die Arbeiter werden abgerackert, als hätten sie weder Fleisch noch Blut, weder Leib noch Seele. Ja, Leib und Seele werden vergeblich wie die Kerze vor brennendem Docht (die Arbeiter müssen in einer Temperatur von bis zu 40 Gr. Reaumur schaffen). Wußten die Minhaber das? Wenn ja, wie konnten sie diese Zustände mit dem ersten Glaubenssatz „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst“ vereinigen? Hierzu verglich Herr Broole das Verhalten der Direktoren mit dem der Arbeiter, wobei er den Begriff „Gentleman“ zur Grundlage nahm. Auf der einen Seite sehe man Robheit, Mangel an Hochherzigkeit, niedrige Habgucht, Mammonsdienst, eitle Selbstherrlichkeit, erbärmlichen Geldhals, kein Gefühl für Elend und Leiden — kurz, die Abwesenheit alles dessen, was einen Gentleman charakterisiert. Auf der anderen Seite die denkbar besten Eigenschaften. Die Leute von Silberortner kämpften für ein selbstloses Ziel — die Interessen ihrer ganzen Klasse — und bewiesen ein hohes Grad von Opferfreudigkeit. Die halbverhungerten Mädchen geben ihre Speisemarken an die verheirateten Frauen ab, weil diese deren noch mehr bedürfen als sie. Ihre Opferfreudigkeit sei bewundernswürdig, und ihr Benehmen höchst anständig. Mit einem Wort, hier finde man die wirklichen Gentleman und Achtung einflößenden Frauen.

Das von der Kanzel herab, nicht etwa in einem Arbeiter- viertel, sondern vor einem Bourgeois-Publikum — nein, dergleichen kommt bei uns nicht vor.“

Und was, meint der Leser, habe die Sammlung für die Streikenden wohl ergeben? Bedford Chapel ist keineswegs groß und doch verzeichnet die Quittung des Streikfondes den Ertrag der Sammlung 61 Pfd. 4 Sch. 7 Pence = 1224 M. 60 Pf. Das zeigt, daß in der That unter manchen Hörern des genannten Priesters das „soziale Gewissen“ zu erwachen beginnt.

Auch die Arbeiterschaft tritt immer energischer für die Streikenden von Silberortner ein; das Londoner Zentralgewerkschaftskomitee hat erklärt, ihre Sache zu der seinigen zu machen und die Sammlungen ließen reichlicher. Sehr viel trägt ferner die Heilsarmee dazu bei, das Elend unter den Streikenden zu lindern. Bei der wahrhaft heroischen Festigkeit, mit der die Arbeiter und Arbeiterinnen aushalten, eine Festigkeit, die um so mehr anzuerkennen ist, als der Streik vielfach alle arbeitsfähigen Mitglieder der Familie außer Existenz gebracht hat, so gewinnt die Hoffnung, daß die Fabrikleitung schließlich doch wird nachgeben müssen, an Wahrscheinlichkeit.

Inzwischen steht ein neuer großer Streik in Aussicht. Auf den Süd-Londoner Gaswerken haben über zweitausend Arbeiter der Direktion auf nächsten Freitag die Arbeit gekündigt. Ursache: Das bereits von mir gekennzeichnete lamose „Gewinn-Antheils-System“. Die Arbeiter haben mit richtigem Instinkt den wirklichen Zweck desselben: der Gesellschaft „Zukunft-Streitkräften“ zu erzeugen, herausgefunden und wehren sich mit aller Energie gegen seine Einführung, woran auch die Weigerung des allzu plumpen Sages, daß Arbeiter, die an einem Streik theilnehmen, aller Rechte auf ihren Antheil verlustig gehen, nichts geändert hat. Sie haben erklärt, jedem, der dem Druck der Direktion nachgegeben und den von ihr ausgearbeiteten Vertrag unterzeichnet hat, als einen „Verräther“, d. h. einen Verräther an der gemeinsamen Sache, zu betrachten, mit dem zusammen zu arbeiten, ihnen ihre Selbstachtung verbiete. Eine am 4. Dezember abgehaltene Delegirtenversammlung, in der das „Bonus“ (Gewinnantheil)-System des Herrn Livley — dies ist der Name des Direktors — als ein „Boas“ (Schwindelsystem) bezeichnet wurde, hat in diesem Sinne Beschluß gefaßt und wie die erfolgten Kündigungen beweisen, hat die Arbeiterschaft denselben ratifizirt. Beide Parteien rüsten sich mit großer Energie zum Kampf. Die Direktion schafft riesigen Proviant an und läßt auf den Höfen der Werke Baracken errichten, angeblich um die Streikenden zu schützen, tatsächlich um sie von jedem Meinungsaustausch mit denselben abzuscheiden und unter beständiger Obhut zu halten. Ferner soll sie bereits mit großen Strafenreinigung- und Fuhrunternehmern Abmachungen getroffen haben, daß dieselben ihnen Ausführlinien in großen Waggons in die Anstalt schaffen. Die Arbeiter ihrerseits organisiren mit allem Eifer die Wachtposten („pickets“) vor den Thoren der Werke, an den Bahnstationen und wo immer sonst es sich nöthig und möglich erweist, zureisende oder zugetriebene „Ratten“ abzufangen und zum Umkehren zu veranlassen. Schon jetzt werden vorläufige Transportwagen angehalten und untersucht. Außerdem denken die Ausführlinien, mit den Arbeitern der Kohlenwerke, von denen die Gaswerke ihre Kohlen beziehen, in Verbindung zu treten, um sie zu veranlassen, falls es zum Streik kommt, die Arbeit ebenfalls einzustellen. Weiter wollen sie an die Verbände der Schiffer, der Kohlenträger, der Eisenbahn-Arbeiter und der Kohlenfahrer appelliren, daß dieselben ihnen helfen, die Versorgung der Gesellschaft mit Kohlen zu verhindern. Der Vorsitzende des Kohlenwerkerverbandes, M. Henry, hat sogar den Vorschlag gemacht, wenn der Streik ausbricht, einen Generalstreik aller Kohlenarbeiter Londons eintreten zu lassen, um so die anderen Werke Londons zu veranlassen, einen Druck auf die widerhaarige Direktion der

gebens, die Mause zu beruhigen, welche mit beiden Händen Steine auf das Haus schleuderten. Besonders die Frauen erschreckten ihn, die Levaque zumal und die Mougouette, welche von der Brücke angeführt, die sie alle mit ihrer dünnen Gestalt überragte, in wilder Wuth die Zähne fletschten und die Nägel traktirten.

Doch was kein Befehl und Ermahnen Stephan's vermocht, brachte eine plötzliche Ueberraschung zu Wege. Die Gregoires hatten sich nämlich entschlossen, das gegenüberliegende Haus des Notars zu verlassen und sich zum Direktor zu begeben, und sie schritten so vertrauensfelig durch das Gedränge, als wenn sie dies Alles nur für eine Spielerei der braven Minenarbeiter hielten, deren Resignation ihre Familie seit einem Jahrhundert ernährte. Das Volk war verblüfft; kein Stein flog! Niemand mochte den alten Herrn und die alte Dame, die so plötzlich mitten unter sie vom Himmel herabfielen, treffen; man ließ sie in den Garten treten, den Perron hinaufsteigen, an der Glode ziehen, und blickte ihnen verwundert nach. Im selben Augenblicke kam das Stubenmädchen Rosa nach Hause und begrüßte die Arbeiter mit freundlichem Lächeln, denn sie war aus Montsou und kannte sie alle. Hippolyt hatte den Gregoires noch nicht geöffnet, darum hieb Rosa mit der Faust an die Thür, welche sich endlich aufthat. Es war Zeit, denn kaum waren die beiden alten Leute im Hause verschwunden, als die Arbeiter, welche sich von dem Perron über die unvermuthete Erscheinung erholt hatte, schrien:

„Nieder mit den Bürgern! Nieder! Nieder!“

Rosa unterhielt die Sache und sie äußerte zu dem vor Angst zitternden Diener:

„O sie sind nicht böse, ich kenne sie.“

Gregoire hing sorgsam seinen Hut auf den Kleiderhalter, zog seiner Frau den Mantel von bidem Luchstoff aus und sagte:

„Rein, ganz gewiß, im Grunde sind sie nicht böse, und wenn sie genug geschrien haben, gehen sie wieder nach Haus und werden mit um so größerem Appetit zu Abend essen.“

Jetzt kam Hennebeau, der die Szene von oben gesehen, herab und begrüßte seine Gäste. Er war kalt höflich wie

Südlondoner Gaswerke auszuüben, von ihrem arbeitserhellen Vorhaben abzusehen. Ob es zu diesem äußersten Schritt kommen wird, der, wenn durchführbar, über ganz London mitten im Winter Kohlennoth herbeiführen würde, mag zweifelhaft erscheinen; aus alledem erhebt man aber, daß wir vor einem Kampfe stehen, der viel ernster zu werden, weit mehr Erbitterung hervorzurufen droht, als alle Streiks des nunmehr seinem Ende zuneigenden Jahres.

Beiläufig können sowohl der Silvertowner Streik wie der Konflikt auf den Südlondoner Gaswerken als bezeichnende Illustrationen der Bemerkung des englischen Fabrikanten des Herrn Deumer, Duesch, Caron und Müller gegenüber, daß es in der Regel gerade die „managers“ (Direktoren) sind, welche die heftigsten Konflikte mit den Arbeitern hervorrufen. Hier wie dort ist es die Hartnäckigkeit eines „managers“, welche die Dinge auf's Aeußerste treibt. Speziell Herr Duesch (der die Absicht haben soll, Herrn Stopford Broole wegen „Verleumdung“ zu verklagen) war es auch, wenn ich nicht sehr irre, der durch hartherziges Gebahren den Anstoß zum Gasarbeiterstreik des Frühjahrs gab — ein Theil von jener Rasi, die nicht das Böse will und doch das Gute schafft“. Denn dieser Streik gab den Anstoß zur Organisation der Gasarbeiter-Union, die vortrefflich gedeiht und nach neuesten Meldungen bereits auf 100 000 Mitglieder angewachsen sein soll. Möge diesmal das Schlussresultat ein ähnliches sein!

Anfang der Woche tagte in Manchester die Nationalkonferenz der Liberalen, auf welcher das Aktionsprogramm der Partei für den nächsten Wahlkampf beschloffen wurde. Die hauptsächlichsten Forderungen, für welche sich die Partei, für den Fall, daß sie an's Ruder kommt, verpflichtet sieht: Reform des Wahlsystems in dem Sinne, daß jeder Wähler nur eine Stimme haben soll, der Staat die offiziellen Wahlausgaben trägt, alle Wahlen am gleichen Tage stattfinden, die Abgeordneten Diäten erhalten und die Legislaturperioden verkürzt werden. Steuerreform im Sinne der Abschaffung aller Steuern auf nothwendige Lebensmittel (Thee, Kaffee und Kalao), gerechte und gleiche Besteuerung der Grundwerthe, sowie der Bergwerksrenten. Reform der provinziellen Selbstverwaltung und Ausdehnung der Rechte der Selbstverwaltungskörper, völlige Unabhängigkeit der Verwaltung Londons. Unentgeltlichen Unterricht und Schaffung von öffentlichen Mittelschulen, Schaffung besserer Arbeiterwohnungen, Ausdehnung der Fabrikgesetzgebung, Entstaatlichung der Kirche in Schottland und Wales. Reform oder Abschaffung des Oberhauses (Haus der Lords).

Wie man sieht, ist das Programm in sozialer Beziehung ziemlich dürftig ausgefallen. Die von den Londoner Liberalen und Radikalen aufgestellte Forderung des Achtstundentags für alle von Staat und Gemeinden direkt und indirekt beschäftigten Arbeiter, fand keine Gnade vor den Parteigängern, sondern slog ohne Abstimung unter den Tisch. Es fällt mir indes nicht ein, deshalb auf die Herren Schimpfen zu wollen, denn ich bin überzeugt, daß sie die Forderungen mit Haut und Haaren verflucht hätten, wenn die Arbeiter selbst die nöthige Energie für dieselbe einsetzten hätten. Aber von den Bergarbeitern abgesehen, ist in dieser Hinsicht bei uns sehr wenig geschehen, dagegen konnten die Gegner der Forderung sich auf die ablehnende Haltung der letzten Trades Union Kongresse berufen. Was eine Partei, die einen Willen hat, erreichen kann, hat das Beispiel der Irländer gezeigt, und die Arbeiter können hier unendlich viel, wenn sie nur wollen. Daran heoperts jedoch immer noch, wir schreiten vorwärts, aber sehr langsam.

Der alte Gladstone, der auf der Konferenz nicht fehlte, zeigte sich sehr festgesetzt und prophezehte eine überwältigende Majorität bei den nächsten Wahlen. Nun, mit solche Vorhersagungen ist wenig zu geben. Wenn aber die Konserwativen den Liberalen nichts Besseres entgegenzusetzen haben als die nach allen Richtungen hin saft- und krautlos Bettelstuppe, die ihr Führer Salisbury vorige Woche in Nottingham aufgetischt hat, so dürfte der „Grand old Man“ vielleicht doch Recht behalten. Etwas ist immer noch besser als nichts, und mit den Vorbeeren ihrer antimanchesterischen Vergangenheit laden die Herren Konserwativen keinen Hund beim Ofen hervor.

## Politische Ueberflucht.

Die neuliche Mittheilung, daß nach einer neuen Entscheidung des Reichsgerichts der Zeugniszwang in Disziplinarsachen nicht zulässig sei, stellt sich leider als irrig heraus. Im nichtamtlichen Theil des „Reichsanzeigers“ findet sich die folgende Notiz:

In der Tagespresse findet sich mehrfach die Mittheilung, daß das Reichsgericht durch einen Beschluß vom 21. Oktober 1899 die Frage, ob die Bestimmungen der §§ 157 ff. des Gerichtsverfassungsgesetzes über die Rechtshilfe der Gerichte

immer, nur die Blässe seines Gesichtes verrieth, daß er Thränen vergossen hatte. Der Mann in ihm war bestürzt, es blieb nur der Beamte, der entschlossen ist, seine Pflicht zu thun.

„Die Damen sind noch nicht heimgekommen!“

Dies Wort riß zum ersten Mal die Gregoires von ihrer Ruhe: Cäcilie noch nicht da, ja, wie soll sie denn ins Haus gelangen, wenn die Kohlenleute ihren Scherz verlängern?

„Ich bin leider ganz allein,“ erklärte Hennebeau, „ich weiß nicht, wohin ich den Diener schicken könnte, um mir einen Korporal und Soldaten zu holen, die mir diese Nachricht vom Hals schaffen könnten.“

Rosa, welche noch daneben stand, wagte von Neuen ihre Meinung abzugeben:

„O, gnädiger Herr, sie sind ja gar nicht böse!“

Der Direktor schüttelte den Kopf. Auf der Straße wuchs der Lärm und die Steine klatschten an's Haus. Er fuhr fort:

„Ich werde ihnen das nicht nachtragen, denn ich verhoffe zu wohl, wie es so weit gekommen ist; aber man muß bornirt sein, wie dieses Volk, um sich einzubilden, daß wir den Unglück der Arbeiter wollen. Ich stehe übrigens dafür, daß die Ruhe bald wieder hergestellt sein wird; aber sagen Sie mir, wie ist es möglich, daß ich seit früh auf Gendarmen warten und nicht einen einzigen bekomme?“

Er unterbrach sich und schloß bei Seite tretend mit etwas steifer Höflichkeit:

„Belieben Sie, gnädige Frau, in den Salon einzutreten. Wir haben heute die Lampen vor der Zeit anzulunden müssen.“

Doch die Köchin, welche aus dem Keller heraufkam, hielt sie noch einen Augenblick im Flur zurück. Sie erklärte, sie könne nicht mehr die Verantwortung für das Dinner übernehmen, denn sie habe bei dem Konditor in Marchiennes fünf Uhr Pasteten und das ganze Dessert bestellt und könne nicht an. Wahrscheinlich sei er aus Furcht vor diesen Banditen wieder umgekehrt, oder sie haben am Ende seinen Wagen geplündert. Sie stellte sich vor, wie die Gendarmen den Mann in der weißen Schürze unterwegs über-

bürgerlichen Hude, in die Nähe um habe.

An die spätesten, die polmarlach unrichtig.

die Zulässig, leben, getheilt, Disziplin, mes pruh, zur Entsch, dieses ein, Also

Them, Volk, Sta, Bon

lump trit, so vorwan, Berührer, anverhät, mit früher, in benenig, In der jän, gestellt, das Reichs, Kopf der P, von 1879 b, 182 M. pr, handert Br, hakt, Dori, eingeschlage, best, die sich, wird es sich, treffe, wo fi, Systems u, Rede und?

Ins, Stelle in ei, ein: „Die V, arbeit zurück, melde, das, men hatte, eine Kham, schäm, u, — Sehr ein, ben pruehif, haben.

Heber, des Herrn, umber dur, hakt einges, Darn, daß Peters, mit den S, gemacht sei, Stamme de, lei im Kam, Diebmann, habe sich a, und sei bei, bei Rinalo, alle seine U, diese Gal, Die K, beweist hier, der Käse v, Herrn von

Die V, gung der, bestreiktwe, Bekannth, demokrati, einem Spa,

Die K, beweist hier, der Käse v, Herrn von

Die V, gung der, bestreiktwe, Bekannth, demokrati, einem Spa,

Die K, beweist hier, der Käse v, Herrn von

Die V, gung der, bestreiktwe, Bekannth, demokrati, einem Spa,

Die K, beweist hier, der Käse v, Herrn von

Die V, gung der, bestreiktwe, Bekannth, demokrati, einem Spa,

Die K, beweist hier, der Käse v, Herrn von

Die V, gung der, bestreiktwe, Bekannth, demokrati, einem Spa,

Die K, beweist hier, der Käse v, Herrn von

Die V, gung der, bestreiktwe, Bekannth, demokrati, einem Spa,

Die K, beweist hier, der Käse v, Herrn von

Die V, gung der, bestreiktwe, Bekannth, demokrati, einem Spa,

Die K, beweist hier, der Käse v, Herrn von

Die V, gung der, bestreiktwe, Bekannth, demokrati, einem Spa,

Die K, beweist hier, der Käse v, Herrn von

Die V, gung der, bestreiktwe, Bekannth, demokrati, einem Spa,

Die K, beweist hier, der Käse v, Herrn von

Die V, gung der, bestreiktwe, Bekannth, demokrati, einem Spa,

Die K, beweist hier, der Käse v, Herrn von

terfeind...  
London...  
wie der...  
ant den...  
d, welche...  
Hie...  
der die...  
Vertre...  
ire, der...  
beitert...  
die h...  
er Str...  
Anion, die...  
bereits...  
esmal...  
National...  
tions...  
beschlo...  
he sich...  
die v...  
e, das...  
Staat...  
den Tag...  
die Reg...  
im Sin...  
bensmit...  
uerung...  
m d...  
ab...  
Unter...  
-chaffun...  
ang d...  
Rück...  
des Ob...  
Bezieh...  
Liberal...  
und n...  
den b...  
vor d...  
den L...  
Schimp...  
Forder...  
e Arbeit...  
en. Die...  
nicht...  
der For...  
es Ant...  
llen...  
t, und...  
ur w...  
wärts...  
nicht...  
eine...  
nun...  
aber...  
ger...  
Woch...  
old...  
b...  
licher...  
und...  
ht.  
euen...  
hwang...  
er als...  
ers" f...  
Mitteil...  
21. Okt...  
57. d...  
Gerichte...  
h, das...  
war...  
eine...  
poires...  
I sie...  
Scherz...  
beau, un...  
e, um...  
diese...  
on Re...  
s!"  
er Stra...  
Gaul...  
ich ver...  
man...  
dass...  
sagen...  
Gendarm...  
retend...  
Lon...  
Zeit...  
herauf...  
Die...  
Diner...  
tinnos...  
st und...  
vor...  
C...  
die...  
wegs...  
herauf...  
Die...  
Diner...  
tinnos...  
st und...  
vor...  
C...  
die...  
wegs...

bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und in Strafsachen auch auf Fälle, in denen Disziplinärbehörden auch die ordentlichen Gerichte um Rechtshilfe ersuchen, anzuwenden seien, verneint habe.

In diese Mitteilung wird dann meistens die Bemerkung geknüpft, doch demnach ein gerichtlicher Zeugnishzwang in Disziplinärsachen gesetzlich unzulässig sei. Diese Darstellung ist unrichtig. Der fragliche Beschluss des Reichsgerichts hat, ohne die Zulässigkeit des Zeugnishzwanges einer Prüfung zu unterziehen, lediglich ausgesprochen, daß in dem zur Entscheidung gelangten Falle, in welchem das Gesuch einer preussischen Disziplinärbehörde um Anwendung des Zeugnishzwanges seitens eines preussischen Amtsgerichts abgelehnt war, das Reichsgericht zur Entscheidung über die gemäß § 160 des Gerichtsverfassungsgesetzes eingeleitete Beschwerde nicht zuständig sei.

Also es bleibt beim Alten. Es war zu schön gewesen.

**Zeuerungs-Politik.** Unter diesem Titel schreibt die „Post. Ztg.“ zu Anfang eines Artikels:

Von allen Stichwörtern für den bevorstehenden Wahlskampfs trifft die gegenwärtige Parteiherrschaft keines an einer verwandbaren Stelle, wie der Hinweis auf die drückende Verheerung der nothwendigsten Lebensmittel und auf das unvorhältnismäßige Anwachsen der Steuerlast im Vergleich mit früheren Perioden, das sich in jeder Familie und zum Theil in denjenigen der minder wohlhabenden Klassen fühlbar macht. In der jüngsten Sonnabend-Sitzung des Reichstags wurde festgestellt, daß die Einnahmen an Zöllen im ersten Jahrbuch des Reichs von 180 M. auf 288 M., also um 0,58 M. pro Kopf der Bevölkerung gestiegen sind. Im zweiten Jahrbuch von 1879 bis 1889 dagegen haben sie sich auf 7 M., d. h. um 4,82 M. pro Kopf der Bevölkerung oder um mehr als vierhundert Prozent gegen den vorhergegangenen Zeitabschnitt erhöht. Darin liegt das Hauptmerkmal der seit zehn Jahren mangelplagten Wirtschaftspolitik, und die jetzige Kartellmehrheit, die sich als Hütern am Heiligthum dieser Politik betrachtet, wird es sich gefallen lassen müssen, demnächst in jedem Wahlkreis, wo sie überhaupt mit Gegnern des heutigen Wirtschaftsregimes zu rechnen hat, über diese gewaltthätige Steuerpolitik Rede und Antwort zu geben.

**Aus dem Weißbuch über Ostafrika** mag folgende Stelle in einem Bericht des Freiherrn v. Graevenreuth zitiert sein: „In Bagamoyo hielt ich eine Volksversammlung ab. Die Bagamoyen leisteten der Aufforderung, zu ihrer Feldarbeit zurückzukehren, bereitwillig Folge. Hierbei wurde mir gemeldet, daß ein Krumbe den gefürchteten Makanda festgenommen habe, ein anderer denselben wieder befreit hatte. Der eine Krumbe erhielt eine Geldbelohnung, der andere wurde gefoltert, was einen guten Eindruck hervorrief.“

Sehr einfach das. Der Herr v. Graevenreuth scheint von den preussischen Kulturträgern schon etwas Lächliches gelernt zu haben.

**Ueber den Untergang der Emin Pascha-Expedition** des Herrn Dr. Karl Peters sind neue Nachrichten vom 13. November durch Vermittelung der ostafrikanischen Plantagengesellschaft eingegangen:

Darnach berichteten die Boten vom Stamme der Galla, daß Peters oberhalb Korokorro freundschaftliche Beziehungen mit den Somalis angeknüpft habe, die sich auch bewährt hätten. Demnach sei aber Peters von dem zu den Massais gehörenden Stamme der Walores angegriffen worden, und Peters selbst sei im Kampfe, von fünf Speeren durchstochen, getödtet worden. Niemandem sei durch zwei Speerstücke am Oberarm verwundet, habe sich aber mit einem Somali-Maskari zusammen geschlichtet und sei bei Ruhi angekommen, welcher, von Allem entblößt, bei Kinatome lagere. Durch eine Feuersbrunst habe Ruhi hier alle seine Vorräthe verloren. Ein Bote aus Boni bekräftigte diese Gallamelung.

Die Nachrichten können insofern nicht ganz zutreffend sein, bemerkt hierzu die „Berl. Ztg.“, als inzwischen Herr Ruhi an der Küste eingetroffen ist und von einem Zusammenreffen mit Herrn von Ntedemann nichts zu berichten wußte.

**Die Lokalabtreiber** scheinen sich nicht allein auf Berlin zu beschränken, sondern zieht immer weitere Kreise der Umgestaltung der Reichshauptstadt in Willeidenschaft. In Spandau beispielsweise sind die Wirthschaft dreißig genug, mit dem offenen Bekenntniß herauszurufen, daß sie ihre Lokale nicht zu sozialdemokratischen Versammlungen hergeben. So finden wir in einem Spandauer Lokalblatt folgende redaktionelle Notiz:

Wie aus einem Inserat in der gestrigen Nummer dieser Zeitung zu ersehen war, sollte am Sonntag in Halensee eine Volksversammlung stattfinden. Vermuthlich glaubt der Verfasser, daß es eine sozialdemokratische Versammlung sein würde, und hat wohl aus diesem Grunde die Vergabe des Lokals verweigert.

Im Inserattheil derselben Nummer findet sich folgende Anzeig:

Erklärung. Unter Bezugnahme auf das gestrige Inserat, betreffend Volksversammlung, erkläre ich hierdurch, daß ich meinen Saal zu derselben nicht hergebe. S. Müller.

hätten, wie sie seinen Wagen im Sturm erobert, und die Partisten von den dreitausend Hungerleidern, welche nach Wort schreien, verschlungen worden. Jedenfalls wußte der gnädige Herr nun, woran er sei; denn sie sei eine Person, die jeder ein ganzes Diner in's Feuer wirft, eh' sie es verheeren auf den Tisch stellt.

Nur etwas Geduld!" meinte Hennebeau, „noch ist nichts verloren, der Konkurs kann noch kommen.“

Während er, die Salothür öffnend, sich wieder an Frau Gregoire wandte, sah er im Hintergrunde auf einer Bank einen Mann sitzen, den noch Niemand bemerkt hatte. Er erkannte ihn: „Sie sind's, Maigrat, was giebt's denn?“

Maigrat hatte sich erhoben: er erschien noch fetter und schäler mit seinem furchtinstellen Gesicht. Demüthig blickete der Kaufmann, er habe sich durch die Hintertür hier herein geschlichen, um den Herrn Direktor um Hilfe und Beistand zu bitten, falls der Pöbel sein Magazin anweszen sollte.

„Sie sehen, ich bin selbst bedroht,“ entgegnete Hennebeau, „und habe Niemand. Jedenfalls hätten Sie besser geblieben, zu Hause zu bleiben, um Ihre Waaren zu vertheiligen.“

„Ich habe alles verbarricadirt, und dann ist auch meine Frau dahin.“

Der Direktor erwiderte ungeduldig und mit nicht verheißlicher Verachtung, diese schwache, durch Mißhandlung herabgekommene Frau sei eine schöne Waise.

„Ich kann nichts für Sie thun,“ schloß er, „sorgen Sie sich selbst zu vertheidigen, und vor allem rathe ich Ihnen schleunigst nach Hause zu gehen, denn da schreien sie schon wieder um Brot.“

In der That neue Rufe ertönten, und Maigrat glaubte mitten aus dem Tumult seinen Namen zu vernahmen. Er war vollends den Kopf. Jetzt aber die Straße gehen, schien unmöglich, sie hätten ihn niedergeschlagen; aber der Gedanke, daß sein Geschäft geplündert und er zu Grunde gerichtet werden könne, brachte ihn fast von Sinnen, und während blickte er durch den Glaseinsatz der Hausthüre, während Hennebeau mit seinen Hüften in den Salon trat.

(Fortsetzung folgt.)

Vielleicht werden die Herren Wirth im Sommer, wenn auch die Berliner Arbeiter Landpartien nach Spandau unternehmen, anderer Meinung.

**Dresden, den 11. Dezember.** Auch die zweite Interpellation der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, betreffend die Unterstützung des Boycotts gegen die Arbeiter durch die Behörden wurde von dem Vertreter der Staatsregierung nicht beantwortet. Erst soll die gerichtliche Entscheidung abgewartet werden. Da dies nun Monate lang dauern wird, vielleicht Jahre lang, so wird seitens der Interpellanten ein etwas abgekürztes Verfahren gewählt werden.

Der Etatposten: Verretung Sachsens im Bundesrat gab zu einer ziemlich lebhaften Debatte über das Verhalten der sächsischen Regierung im Bundesrat Anlaß. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Stolle und Liebknecht unterwarfen dasselbe einer scharfen Kritik, wobei es bezüglich der Kornzölle zu einer Auseinandersetzung mit den Agrariern kam. — Zu einem interessanten Gespräch führte ein fortschrittlicher Antrag auf Milderung der vorrathlichen Gesindeordnung (aus dem Jahre 1835). Im Namen der Sozialdemokraten forderte Kadon die völlige Abschaffung der Gesindeordnung, die noch ein Ueberrest der Leibeigenschaft sei. Der Jörn hierüber begeisterte nun einen sächsischen Advoakaten Namens Opiß, der ein eifrigerer Regierungsmann ist als die Regierungslente selbst, zu einer glühenden Lobrede auf die „patriarchalische Ordnung“ der Dinge und den welterrettenden Prügel — eine Leistung, die von Liebknecht gebührend angezweifelt wurde.

Der hiesige Fachverein der Tischler ist heute von der Kreishauptmannschaft Dresden verboten worden. Die Gründe sind die gewöhnlichen: viele Mitglieder sind Sozialdemokraten; sozialdemokratische Agitatoren haben in Fachvereinen geredet, sozialdemokratische Bestrebungen sind in ihm zu Tage getreten und der Rest heißt Sozialistengesetz. Unten den Belastungsmomenten, welche den polizeilichen „Relationen“ entnommen sind, befinden sich verschiedene Aeußerungen, die wenn sie wirklich so gefallen wären, wie die „Relationen“ sie aufzuführen, nach der jetzt üblichen Praxis, unzweifelhaft zu einer strafrechtlichen Verfolgung hätten führen müssen. Die Frage bleibt: warum man solche Aeußerungen Jahrelang aufsaugt und, ohne daß der betreffende Verein oder Redner die leiseste Ahnung davon hat, so lange auf Lager hält, bis man einen genügenden Vorrath zu haben glaubt, um ein polizeiliches Verbot auszusprechen zu können.

**Großbritannien.**

London, 12. Dezember, früh. Das Exekutiv-Komitee der vereinigten Kohlenarbeiter und -Träger hat gestern Abend bekannt gemacht, daß auf Grund einer gestern Nachmittag mit den hauptsächlichsten Kohlenhändlern Londons abgehaltenen Besprechung die Annahme eines wirksamen Vergleichs wahrscheinlich sei, dessen Ergebnis die Beschränkung des Streiks der Kohlenarbeiter auf die Boykottirung der South-Metropolitan-Gas-Kompagnie sein werde.

Die Stadt Tipperary in Irland ist zur Zeit der Schauplatz einer Wölkerwanderung, welche nur in diesem vom Fluch des Agrarierthums getroffenen Lande möglich ist. Der Grund, auf welchem diese gewertheliche und wohlhabende Ortschaft gebaut ist, gehört dem Herrn Smith-Barry, einem englischen Abgeordneten, der an der Spitze eines Syndikats englischer Kapitalisten die Güter des Herrn Bonsondy den Pächtern vor der Nase weg aufgekauft hat. Auf den Rath des Nationalisten O'Brien erklärte Smith-Barry's Pächter, welche bislang mit ihrem Grundherrschaft gute Beziehungen unterhalten hatten, sie wollten ihm keine Pachtzinsen mehr zahlen, weil er ihre Landsleute ihrer Wohnstätten beraubt habe. Smith-Barry wirkte daraufhin Ausweisungsdokumente gegen seine sämtlichen städtischen und ländlichen Pächter aus und sie sind in den letzten Tagen ausgehulft worden. Für die städtischen Pächter, die zumeist wohlhabende Ladenbesitzer und Grundbesitzer sind, wurden auf dem Gut eines benachbarten Grundbesitzers mit dem von der National-Liga und der Defence-Liga gefuerten Gelde eine Entfernung von Tipperary eine neue Ortschaft entstanden ist, in welcher die Geschäfte wie zuvor fortgeführt werden. Die Dubliner Schloßregierung hat eine starke Truppe Konstabler und Soldaten in die Ortschaft geschickt; aber zu Unruhestörungen ist es nicht gekommen. Die Pächter hatten längst sämtliche Waaren und alles Hausgeräthe aus ihren gutgebauten Häusern fortgeschafft und den Gerichtsvollstreckern blieb nichts übrig, als die Thüren einzufachlagen, die Glascheiben zu zerbrechen und die Heuzosen zu zerstören. Natürlich ist es für die ausgerathenen Pächter ein harter Verlust, aber Smith-Barry kriegt keinen Heller Pachtzinsen. — In Manchester und Salford ist unter den Arbeitern der städtischen Gasanstalten ein Streik ausgebrochen, der gestern in allen Stadttheilen sich empfindlich fühlbar machte. Die Behörden hatten eine genügende Anzahl Arbeiter gemietet, welche in der Anstalt selbst untergebracht worden sind und dort beschäftigt werden. Doch sind sie nicht so geschäftig wie die alten Arbeiter und die Folge davon war, daß das Gas nur in niedrigem Druck und in ungenügender Quantität ausgefaßt werden konnte. Die Hälfte der Straßenlampen war Abends ohne Licht; da es ein nebliger Tag war, war in vielen Geschäften und Fabriken Gas nöthig, aber die Lichter gingen vielerorts aus und selbst das elektrische Licht in öffentlichen Gebäuden versagte den Dienst, weil die Gasmotoren nicht gebraucht werden konnten.

sollte sich von der Partei zurückziehen. (Auf Befragen Hüttenbergers): Hüttenberger war mehr als drei Mal bei meinem Mann; sie sprachen von Parteianglegenheiten. Mein Mann wollte, daß in seiner Angelegenheit mit Harm entschieden werde. (Auf Befragen Harms, ob er mit Köllinghoff anders als über die „Freie Presse“ gesprochen): Nein. Mein Mann sagte mir, Köffer sei im Eberfelder Komitee. Gesehen habe ich ihn nie. Ich habe einmal geb.oh't, die Sache der Staatsanwaltschaft zu übergeben.

Hüttenberger: Frau Köllinghoff macht die Aussagen gegen mich aus Haß, weil ich sie und ihren Mann heute beobachtete.

Frau Köllinghoff: Der mir gezeigte Zettel war eine alte Rechnung. (Nach Ermahnung des Präsidenten zur Wahrheit:) Ich verweigere die Aussage darüber, was auf dem Zettel stand. (Sie wird nochmals zur Wahrheit ermahnt.) Es waren Notizen, die mein Mann gemacht hatte, über meine Aussage. Ich sollte die Aussage verweigern. Mein Mann sagte mir das. (Auf Befragen Benzmanns:) Das Geld hat mein Mann von mir; ich gab ihm 140 Mark. Wie viel er hatte, weiß ich nicht.

Köllinghoff: (erhält Mitteilung von der Aussage von seiner Frau): Was auf dem Zettel stand, darüber verweigere ich die Aussage. Die Namen von Leuten, über die meine Frau sprechen oder schweigen sollte, standen nicht darauf.

Frau Köllinghoff: Daß mein Mann in diesem Sommer verreckt war, weiß ich. Das Geld hatte er von mir. Ob er anarchistische Schriften aus Belgien mitbrachte, weiß ich nicht. Ich gab meinem Mann nur Geld zu seinem Lebensunterhalt.

Köllinghoff: Ich war nur in Belgien, um eine Stelle zu suchen.

Bebel: Wurden bei Besuchen in der Köllinghoff'schen Wohnung Sitzungen abgehalten?

Frau Köllinghoff: Es wurden Beschlüsse gefaßt, ich war dabei zugegen. 1885 fand eine Verathung statt über die Abfindung von Geldern.

Bebel: Die Zeugin war mit ihrem Mann in Differenzen wegen seiner Parteistellung. Hat sie ihm bei einer Verathung den Text gelesen?

Frau Köllinghoff: Ja, aber nicht in Gegenwart von Andern. Ich war selbst schon Sozialistin. Anarchistisch war ich nie gefinn't. Zur Zeit des wegen Hochverrats bestrafte Reinsdorff hat mein Mann sich nicht um Parteien bekümmert; wir gehörten stets der gemäßigten Richtung an. (Auf Befragen Benzmanns:) Es bestand außer dem öffentlichen Wahlkomitee noch ein anderes — ein Preßkomitee.

Rechtsanwalt Benzmann weist auf den Widerspruch mit den Aussagen Köllinghoff's hin; Letzterer hat das Bestehen eines geheimen Komitees in Eberfeld verneint.

Frau Köllinghoff: Zusammenkünfte fanden statt; ob es aber ein Komitee war, kann ich nicht sagen. Dem Preßkomitee wegen der „Freien Presse“ gehörten Salzberg, Looze und Andere an. Es führte die Aufsicht über das Geschäft. Die „Fr. Pr.“ gehörte der Partei, nicht Harm. Mein Mann erhielt keine Lohnung, sondern bei der Abrechnung 400 Mark von dem Komitee. Ueber Geldverlegenheiten wurde verhandelt und sie durch Anleihen gehoben, z. B. bei Kallenbach. Daß auch aus Solingen Jemand dem Komitee angehört, weiß ich nicht. Es bestand zum Anfang der „Fr. Pr.“, bevor Grimpes hier war. Daß mein Mann vom Komitee bezahlt wurde, erfuhr ich von ihm. Wenn die „Fr. Pr.“ kein Parteiunternehmen war, wie kam Salzberg dazu, die Bücher meines Mannes einsehen zu wollen.

Köllinghoff: Es bestand ein Preßkomitee; in Barmen wurden Borgart und Andere hineingewählt. Die „Freie Presse“ war in Geldverlegenheiten; es kamen Wechsel unter Protest zurück. Bei meinem Austritt wurde beschlossen, mir 400 Mark zu geben, und ich war damit zufrieden. Dem Verlaß wurde die Summe quittirt. Wer in der betreffenden Zusammenkunft war, weiß ich nicht. Harm sagte, er wäre mit 400 Mark zufrieden. Das Geld für die „Freie Presse“ haben wir geliehen. Daß die „Freie Presse“ ein Privatunternehmen war, habe ich gestern gesagt, um das Unternehmen nicht zu diskreditiren.

R.-A. Benzmann: Die von Köllinghoff produzierte Abrechnung ist über seine Filialexpedition, unterzeichnet von Harm.

Harm: Buchenau, Schneider und ich waren einmal bei Köllinghoff.

Köllinghoff: Harms Bücher wurden nicht revidirt, aber die von Bedemann.

Wilh. Fink: Bedemann hatte mich der Unterschlagung bezichtigt und durch die Revision der Bücher wurde meine Unschuld konstatiert.

Harm: Die Revision muß hinter meinem Rücken geschehen sein.

Köllinghoff: Das Preßkomitee bestand drei Monate; bei der Verathung wegen der 400 M. war Harm zugegen. Die Angaben Harms in Bezug auf die 400 M. sind wahr.

Bebel: Auch Rigt-Sozialdemokraten haben Geld für die „Fr. Pr.“ gegeben.

Köllinghoff: Sehr wahr.

Schumacher: Man hat sich einmal bei mir beklagt, daß Harm die „Fr. Pr.“ nicht als Privatunternehmen betrachtete.

Köllinghoff: Das Preßkomitee wechselte häufig, weil immer Jank und Streit da war; dann haben Harm und ich das Geschäft allein geführt. Gegen meinen und Harms Willen geriet sich noch immer Leute als Preßkomitee. Woher das Geld für Harms Forderung kam, weiß ich nicht. (Auf Befragen Winterbergs:) Das erste Komitee, das mit Geld verhandelte, trat aus eigener Initiative zusammen. Das spätere Komitee wurde von den Genossen unter sich, nicht in Corporate-Versammlungen gewählt.

Harm: Ich weise auf das eidliche Zeugniß Buchenaus hin, der mit einem Komitee nichts zu thun haben wollte.

Grimpe: Es liegt jetzt noch ein protestirtirer Wechsel Köllinghoff's über 190 M. vor.

Bebel: Ist der Zeugin bekannt, daß Köllinghoff die Mosk'sche „Freiheit“ bekam?

Frau Köllinghoff: Ja. Beschuldigungen, daß mein Mann Abonnementsgelder der „Freiheit“ unterschlagen, bestanden.

Köllinghoff: Anarchist war ich nicht.

Grimpe: Fuhren Vertrauensmänner des Anarchisten Rene bei Köllinghoff in einer Broschüre vor?

Frau Köllinghoff: Davon weiß ich nichts.

Grimpe: Es kommt uns darauf an, zu konstatiren, daß Köllinghoff Anarchist, nicht Sozialdemokrat war. Er suchte hier nach seiner Rückkehr aus Belgien anarchistische Klubs zu gründen und las anarchistische Schriften vor.

Dastig: Er hat die Broschüre „Unschuld in Chicago zum Tode verurtheilt“ an Jemand gegeben.

Köllinghoff: Nein; aber ich hatte die Broschüre. Sie ist nicht in der „Fr. Presse“ gedruckt.

Löwenstein: Köllinghoff war Anarchist; die Bestrebungen der Sozialdemokratie genügen ihm nicht.

Köllinghoff: Ich war Anhänger Haffelmann's, aber nicht Anarchist. (Er lächelt seiner Frau zu, nicht zu schwören, was vom Präsidenten auf Anlaß Benzmann's (Harm gerügt wird.)

Frau Köllinghoff: Ich habe die Wahrheit gesagt, möchte aber auf den Eid verzichten!

Die Zeugin wird unvertheidigt vorläufig entlassen.

Zeuge Polizeikommissar Kammhoff (wird auf seinen Eid verwiesen): Auf alle Fragen betreffs Köllinghoffs darf ich nicht antworten. Vor einiger Zeit erhielt ich einen Brief von Frau Köllinghoff, weswegen ich Köllinghoff zu mir beschied. Unser Gespräch drehte sich um den Brief, worin ich Vorwürfe gegen mich fand. Die Unterredung hat etwa eine halbe Stunde gedauert. Ob ich anders mit Köllinghoff zusammen gekommen, darüber verweigere ich die Auskunft. Mir ist die strikte Instruktion geworden, nichts auszusagen, was gegen das dienstliche Interesse ist, selbst wenn Unschuldige darunter leiden. Ich verweigere die Auskunft, ob ich mit Frau Köllinghoff verkehrte und ihr Geld gab.

R. A. Lenzmann: Ein gesetzlicher Grund zur Verweigerung der Aussage liegt in diesem Falle nicht vor. Ich beantrage, Oberbürgermeister Jäger noch einmal um Ertheilung der Genehmigung zu ersuchen und ihn auf die gesetzlichen Bestimmungen aufmerksam zu machen.

Der Staatsanwalt wendet sich dagegen.

R. A. Lenzmann: Es handelt sich darum, festzustellen, ob Köllinghoff von der Polizei gekauft ist.

Köllinghoff: Das war nicht der Fall.

Kammhoff: Ich verweigere jede Auskunft. Bei Köllinghoff habe ich Hausdurchsuchung gehalten.

R. A. Lenzmann: Auch im Interesse Köllinghoffs stelle ich die Frage; ich bin sein Verteidiger.

Köllinghoff: Auf die Verteidigung verzichte ich. (Geht fort.)

Grillenberger: Kammhoff hat erklärt, seine Vertrauensmänner seien zuverlässig. Nun hat Kammhoff gesagt, ich sei an einem bestimmten Tage hier gewesen und hätte an einer geheimen Zusammenkunft Theil genommen.

Kammhoff: Ich kann mich nicht mehr an eine bestimmte Zusammenkunft erinnern. Es wurde mir wohl von einem Vertrauensmann mitgeteilt.

Bebel: Kammhoff hat gesagt, sein Vertrauensmann korrespondire mit der Fraktion.

Kammhoff: Das habe ich gesagt.

Bebel: Was ist der Inhalt der Korrespondenz?

Kammhoff: Darüber verweigere ich die Auskunft. Wenn ich den Inhalt angebe, würde sofort mein Vertrauensmann bloßgestellt.

Bebel: Aber das ist doch außerordentlich wichtig für den Gerichtshof, und diese Thatsache will Kammhoff verbunkeln. Ich erkläre, daß ich und meine Fraktionsgenossen von den von Kammhoff erwähnten Korrespondenzen nichts wissen. Es läßt ja auch im Interesse der Anklagebehörde, Klarheit in die Sache zu bringen. Wenn stets aus amtlichem Munde von der allermeisten Verbindung gesprochen wird, so muß es doch einem Tag werden und die Vertrauensmänner auftreten. Es würde den besten Eindruck machen, wenn in dieser Hinsicht der Staatsanwalt sich der Verteidigung anschloße.

Staatsanwalt: Ich habe stets betont, daß das größte Interesse daran haben, die Wahrheit zu ermitteln. (Fortf. in der Beilage.)

### Theater.

Freitag, den 13. Dezember.

**Spernhaus.** Der Freischütz. 1

**Opernhaus.** Ellen. Hierauf: Der Mann der Freundin. Zum Schluss: post festum.

**Leistung-Theater.** Die Ehre.

**Deutsches Theater.** Der Sohn der Wildniß.

**Berliner Theater.** Montjoye, der Mann von Eisen.

**Friedrich-Wilhelms-Dänisches Theater.** Prinzessin Birouette.

**Königs-Theater.** Schwiegermama.

**Wallner-Theater.** Nervös. — Vorher: Der Scheidungsgrund.

**Viktoria-Theater.** Stanley in Afrika.

**Opernhaus.** Das Käthchen von Heilbronn.

**Volksbühne-Theater.** Vor Sonnenaufgang.

**Königs-Dänisches Theater.** Madame Potiphar.

**Zentral-Theater.** Historischer Poffenabend.

**Adolph-Gruß-Theater.** Flotte Weiber.

**Opernhaus.** Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

**Reichshallen-Theater.** Gr. Spezialitäten-Vorstellung.

**Kaufmann's Variété.** Gr. Spezialitäten-Vorstellung.

**American-Theater.**  
1905  
Dresdenerstr. 55.  
Täglich Vorstellung.

**Circus Renz.**  
Karlstraße.  
Heute, Freitag, den 13. Dezbr., Abds. 7 Uhr:  
**Die lustigen Heidelberg**  
oder  
**ein Studentenaussflug mit Hindernissen.**  
Große Original-Vantomime.  
Ein großartiges Hurdle-Rennen, geritten von Damen und Herren mit 24 d. best. engl. Vollblutspringpferde. Das Schulpferd Coriolan, geritten von Herrn Oscar Renz. Auftreten der Reitskünstlerinnen Gschw. Lillie und Rose, Fräulein Natalie und Fräulein Orford, sowie d. Reitskünstler M. Melville und M. Georg Orford. Die beiden Fuchshengste Horaz und Mercur vorgeführt v. Herrn Oscar Renz.  
Morgen Sonnabend: Die lustigen Heidelberg. Anfang 18 Uhr.  
Sonntag 4 Uhr Nachmittags 1 Kind frei: Ufchendrödel. Abends 7 1/2 Uhr: Im dunklen Erdtheil.  
C. Renz, Direktor.

**Circus Busch.**  
Friedrich-Karl-Str.  
Heute, Freitag, den 13. Dezember, Abds. 7 1/2 Uhr:  
**Große Vorstellung.**  
**Eine Hubertus Jagd im Brunwald.**  
Großes Jagdbild in 2 Akten, in Szene gesetzt v. Direktor. 1. Akt: Das Rendez-vous beim Forsthaus. 2. Akt: Die Jagd.  
Volina, Prämien-Springpferd, springt über 3 große Pferde. Garde-Rückstier, traiehrner Vollblut, seit kurzem für die hohe Schule dressirt vom Direktor. 8 russische Rapphengste vorgeführt vom Direktor. Frau, engl. Vollblut, geritten v. Fr. Direkt. Busch. Mlle. Margerithe als Jodeln. Auftreten der jugendlichen Lustkünstlerin Fräulein Amalia. Clown Tom Tom als Theater-Direktor. 3 akrobatische Clowns Gebr. Florida. Clown W. Osschansky als Marquise Pompadour.  
Der Circus ist gut geheilt.  
Morgen: Große Gala-Benefiz-Vorstellung für Fr. Dir. Busch. Sonntag: 2 Vorstellungen 4 und 7 1/2 Uhr.  
Unwiderstlich letzter Monat.

Vorfrage 1 Tr. 9 M. — 10 Uhr V.  
**Kaiser-Panorama.**  
Zum ersten Male:  
Zweite Reise durch die materische sächsische Schweiz.  
1. Abtheilung: Pariser Weltausstellung. Bertha-Reise. a Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf.  
Der Unterzeichnete liefert gegen Nachnahme in Postpaketen von 4 Kilo Inhalt, die feinsten frische  
**Meierei-Natur-Butter,**  
aus der größten und renommiertesten Meierei der Insel Alsen, zu den billigsten Preisen.  
Bestellungen werden erbeten  
Kettina (Schlesm.-Holl.) G. E. Petersen.

**Möbel, Emil Heyn,**  
eigener Fabrik.  
Spiegel u. Polsterwaren.  
Cr. Lager, bill. Preise.  
Brunnenstr. 28, Hof part.  
Theils. nach Ueberkunft.

Unserem Genossen **Erichel** zu seinem heutigen Geburtstag dreimal lebe Hoch.  
Die Rothen.  
203  
Na Schwarzer, ärgere Dich nicht,  
Du weißt ja Maule, der Geschäfts-Sozialist.

Unserem Kollegen, **Adolf Funksel**, zu seinem heutigen Wiegenfeste ein donnerndes Hoch, daß das ganze „Quier“gebäude wackelt.  
206  
**Die Salleggen.**

**Allgem. Deutscher Sattler-Verein**  
(Mitgliedschaft Berlin).  
**Versammlung**  
am Sonnabend, d. 14. Dez., Abds. 8 1/2 Uhr,  
in **Keyer's Lokal**, Alte Jakobstr. 83.  
Tagesordnung:  
1. Vortrag des Herrn Dr. Joachimthal über Desinfektion. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten.  
**Der Vorstand.**  
Der Arbeitsnachweis befindet sich Krausenstr. 11. Wochentags Abends von 8 bis 9 Uhr, außer Sonnabend und Sonntags von 12—1 Uhr. 205

**Große öffentliche**  
**Protest-Versammlung**  
des Vereins zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirthes  
Berlins und Umgegend.  
am Freitag, den 13. Dezember, Nachm. 4 Uhr,  
in **Prieger's Salon**, Wasserhorststr. 68.  
Tagesordnung:  
1. Die Gastwirths-Innung und der § 100 der Gewerbe-Ordnung. Referent: Rechtsanwalt **Arthur Stadthagen**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 200  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Einberufer.

**Verein zur Wahrung der Interessen der Tischler und Berufsgenossen.**  
Sonnabend, den 14. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn **Kloth**, Dresdenerstraße 10:  
**Außerord. General-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
**Auflösung des Vereins.**  
Die Statuten werden ersucht, alle zu Erscheinen. Mitgliedsbuch legitimirt.  
198  
**Der Vorstand.**

**Jede Uhr**  
zu repariren und zu reinigen (außer Druck) kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens  
**1,50 M.**  
Lager aller Arten Uhren und Goldwaaren zu den billigsten Preisen. 142  
**G. Glenk, Rosenthalerstraße 22**  
(an der Stipsstraße).

**Muffen!!**  
(Durch Zufall spottbillig.)  
Echte Pelzmuffen 1,50 M. Waschbar 4 M. Opossum 5 M. Pelzgarnituren, Stück 1,25 M. 11  
**Oranienstr. 158.**

**S. HEINE BERLIN N. W.**  
Weihnachts-Messe:  
Fertige Bett-Wäsche  
Handtücher, Tischzeuge,  
Bettzeuge etc. Leinen- u. Elsasser  
Baumwollenwaaren aller Art.

**Nur 1 Mark**  
kollert jede Uhr zu reinigen unter Garantie. Bei allen Reparaturen wird der Preis vorher gesagt.  
**Neue Uhren z. Einkaufspreise,**  
mit nur geringem Aufschlag für Abheben derselben; s. B. für Regulateure 3 M., Wecker und Wanduhren 1 M. 73  
**Eleser, Uhrmacher (Fachmann).**  
Rauhnstraße 15, Ecke Mariannenstraße.  
**Partonsfabrik-Leiter**, gleichzeitig Zuschneider, suchen **Hirt. in u. Co., Straauerstr. 56.**  
Ein **Fuchsbinder** auf Kundenarbeit  
202 A. Steitner, Alte Schönhauserstr. 38.

**Bekanntmachung!**  
Hierdurch zeigen wir an, dass der Vorrath der Loose zur  
**Hauptziehung der Weimar-Lotterie**  
bei uns wiederum gänzlich geräumt ist.  
Der Vorstand der ständigen Ausstellung in Weimar.  
Die General-Agentur von  
**Oscar Bräuer & Co.,** Berlin W., Leipzigerstr. 103.  
offerirt noch, so lange Vorrath  
**Loose à 1,25 Mark,** Porto und Liste 20 Pf. extra.  
**ZUR Grossen Weimar-Lotterie**  
**Weihnachtsziehung vom 14. bis 17. Dez. cr.**

**Emil Franke**  
Nähmaschinen sämtlicher Systeme, Wasch- und Wringmaschinen bester Sorte. (Theilzahlung. Reparaturwerkstätte.)  
**N. Saarbrückerstrasse 6.** neben Boegemann's Brunnen.

Durch die Expedition, Zimmerstraße 44,  
zu beziehen:

**Die Darwin'sche Theorie.** Von Dr. **Eduard Aveling**. Broschirt M. 1,50. Geb. M. 2.—

**Carl Marx' Oekonomische Lehren.** Gemeinverständlich dargestellt u. erläutert von **Carl Sautsky**. Brosch. M. 1,50. Geb. M. 2.—

**Weltschöpfung und Weltuntergang.** Die Entwicklung von Himmel und Erde vom Standpunkt der Naturwissenschaften dargestellt von **Oswald Zähler**. Brosch. M. 2.— Geb. M. 2,50.

**Die ländliche Arbeiterfrage.** Nach dem Russischen des **Babinkow**. Brosch. M. 1.— Geb. M. 1,50.

**Thomas More und seine Utopie.** Mit einer historischen Einleitung von **Carl Sautsky**. Brosch. M. 2.— Geb. 2,50.

**Charles Fourier, sein Leben und seine Theorien.** Von **August Bebel**. Brosch. M. 2.— Geb. M. 2,50.

**Das moderne Glend und die moderne Uebervölkerung.** Zur Erkenntniß unserer sozialen Entwicklung. Von **Max Schippel**. Broschirt M. 1,50. Geb. M. 2.—

**Berliner Arbeiter-Bibliothek.** Von **Max Schippel**. Erschienen Heft 1 bis 8. Heft 1: Ein sozialistischer Roman. Heft 2: Der Ruhen der Gewerkschaften. Heft 3: Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart. Heft 4: Der Sozialismus in Frankreich seit der Pariser Kommune. Heft 5: Charakterköpfe aus der französischen Arbeiterbewegung von **Offizier Jellin-Paris**. Heft 6: Die Hausindustrie in Deutschland von **Paul Kampffmeyer-Gens**. Heft 7: Junfer und Bauer von **Paul Kampffmeyer-Gens**. Heft 8: Die wirtschaftlichen Voraussetzungen und die Entwicklung der Sozialdemokratie. Ein Vortrag von **Max Schippel**. a Heft 15 und 20 Pf.

**Die Arbeiterinnen-Bewegung Berlins.** Von **A. Berger**. a Heft 30 Pf.

**Ferdinand Lassalle**, eine Gedenkschrift zu seinem 25 jährigen Todestag. Von **Max Fegeler**. a 50 Pf.

**Stern, J. Die Religion der Zukunft.** Dritte vermehrte Ausgabe. brosch. M. 0,50.

—, — **Halbes und ganzes Freidenkerthum**, Zeit- und Streit-schrift. 2. Auflage. Broch. 15 Pf.

—, — **Thesen über den Sozialismus.** Broch. M. 0,30.

**Gesetz der Alters- und Invaliditäts-Versicherung.** Von **J. Bebel** und **V. Singer**. Preis cartonirt M. 0,50.

**Arbeiter-Motikalender pro 1890.** Kleine Ausgabe a Exemplar 50 Pf. Große Ausgabe a Exemplar 75 Pf.

**Die Klassegegensätze von 1789.** Von **Carl Sautsky**. a Exemplar 50 Pf.

**Die Sonntags-Arbeit.** Von **August Bebel**. Brosch. M. 1.—

**Die Mohamedanisch-Arabische Kulturperiode.** Von **August Bebel**. 2. Auflage. Broch. 50 Pf.

**Sybil.** Roman von **Dioraelli**, übersetzt von **Natalie Liebknecht**.

**Die Bitter der Arbeit.** Nach dem Amerikanischen des **For** von **Natalie Liebknecht**.

**Die französische Revolution.** Von **Wilhelm Bloch**. Gebunden in Prachtband. a Exemplar M. 5,50. Broschirt in 20 Heften à 20 Pf. Dazu Einbanddecken à M. 1.

# Beilage zum Berliner Volksblatt.

Fr. 292

Freitag den 13. Dezember 1889.

6. Jahrg.

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

36. Sitzung vom 12. Dezember, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Bötticher, von Marshall.

Zur ersten Beratung steht der Antrag des Zentrums (von Huene und Genossen) auf Annahme des folgenden Entwurfs, betreffend die Wehrpflicht der Geistlichen:

**Einziges Paragraf.** Militärfähige, welche sich dem Studium der Theologie einer mit Korporationsrechten innerhalb des Gebietes des Deutschen Reichs bestehenden Kirche oder Religionsgesellschaft widmen, werden in Friedenszeiten auf ihren Antrag während der Dauer dieses Studiums bis zum 1. April des siebenten Militärpflichtjahres zurückgestellt. Wenn dieselben bis zu dem vorbezeichneten Zeitpunkt auf Grund bestandener Prüfung die Aufnahme unter die Zahl der zum geistlichen Amt berechtigten Kandidaten erlangt, beziehungsweise die Subdiakonatweihe empfangen, so werden diese Militärfähigen auf ihren Antrag der Ersatzreserve überwiesen und bleiben von Leistungen frei.

Abg. Frhr. v. Huene (Z.) begründete den Antrag. Die Frage, ob und in wie weit die Geistlichen eine derartige Berücksichtigung verdienen, sei nach seiner Ansicht durch den Artikel 65 des Militärgesetzes bereits entschieden. Es frage sich nun, ob es nicht geboten und zweckmäßig sei, aus dieser Bestimmung des Gesetzes praktische Konsequenzen zu ziehen. Bestenfalls sollten Leute mit der Waffe ausgehildet werden, welche im Ernstfalle nicht mit der Waffe verwendet werden könnten? Mittel und Zweck ständen hier in gar keinem Verhältnis. Die Militärdienstzeit für die Theologiestudierenden hindere, als für jedes andere Studium. Außerdem würden durch die Einziehung zu Dienstleistungen die Theologen, wenn sie ein geistliches Amt haben, überaus gehindert. Besonders sei zu berücksichtigen, daß die Geistlichen aller Konfessionen in erster Linie berufen seien, an der Erhaltung der Staatsordnung mitzuwirken. Der Redner weist die von evangelischer Seite erhobenen Bedenken zurück, denn das Recht der Militärfähigkeit werde durch den Antrag nicht berührt. Die Geistlichen aus der alten preussischen Zeit hätten überaus segensreich gewirkt, ohne die Schule des aktiven Dienstes durchzumachen. Es handle sich bei der Tätigkeit der Theologen im Felde nicht um den militärischen Gehalt, sondern um den Geist der Gnade, den Gott ihnen zu ihrem Dienste gebe. Der Antrag verstoße nicht gegen die allgemeine Wehrpflicht, auch dränge er die geforderte Wohlthat niemandem auf. Er bitte daher um Annahme seines Antrags. (Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Bleis-Regow (kons.) erkennt prinzipiell an, daß der Geistliche nicht mit dem Schwert zu wirken habe. Die Wehrerziehung trage auch in diesem Grundgesetz Rechnung. In dessen enthalte der Antrag Bestimmungen, welchen seine Freunde von evangelischer Standpunkte aus nicht zustimmen könnten. Es seien nicht in der Lage, hierzu eine verbindliche Stellung einzunehmen, ohne Einwilligung der tatsächlichen Behörden. Erleichterungen für die Theologen wünschten auch seine Freunde. In diesem Sinne würden sie bei der zweiten Beratung den Antrag stillen, den Reichstagler dazu zu ersuchen, daß die Theologen ein halbes Jahr mit der Waffe dienen und das zweite Halbjahr im Lazarethdienste zu verwenden werden sollen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Reichensperger (Zentrum) empfiehlt den Antrag v. Huene, welcher durchaus kein neues Prinzip in unsere Wehrerziehung bringen wolle. Schon die Reichskommission, welche zur Vorberatung des Wehrgesetzes niedergesetzt war, habe eine derartige Bestimmung in ihren Entwurf aufgenommen. Nicht zwischen der ersten und zweiten Beratung im Reichstage seien von evangelischer Seite Proteste dagegen eingebracht, daß seine politischen Freunde es damals nicht für angebracht hielten, an dem betreffenden Vorschlage festzuhalten. Der Redner weist den Vorwurf zurück, als sei der Antrag v. Huene eine nicht zu rechtfertigende Uebersetzung der katholischen Theologen. Sie forderten nur, was allen Rechten im Reich sei. Wenn es gegolten, sei die katholische Geistlichkeit aus dem Platze gewiesen, sowohl im Schlachtfeld, wie im Bereich der Lazarethe. Viele derselben seien mit dem Kreuz gekrönt. In Frankreich, wo man die Dienstleistung für die Geistlichen abgeschafft habe, mache sich schon jetzt die Reaktion auch in nicht katholischen Kreisen dagegen geltend. Sollte der Antrag zu Stande kommen, so werde die deutsche Heeresmacht keine Einbuße erleiden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Delbrück (Reichsp.) betont, daß bezüglich des Antrags Huene ein wesentlicher Unterschied zwischen den katholischen und den evangelischen Geistlichen bestehe; den katholischen Geistlichen möge er unbedingt die gewünschte Konfession, denn der Charakter derselben, wie ihn die katholische Kirche ausgebildet habe, stehe im direkten Widerspruch mit der Wehrpflicht. Für die evangelischen Theologen aber lehne er dieses Privilegium als ein privilegium odiosum ab. Die evangelische Kirche könne keinen Priesterstand im Sinne des katholischen Dogmas. Eine rein äußerliche Umwandlung des Paragrafenprinzips sei hier nicht am Platze. Der Antrag des Abg. v. Bleis-Regow, bezüglich Ausbildung der Theologen in den Lazarethen, kann Redner nicht zustimmen. Schon im Interesse der moralischen Rückwirkung halte er es für notwendig, daß die evangelischen Theologen ihrer Militärfähigkeit im vollen Umfange genügen. (Beifall rechts.)

Abg. Fulemann (noll.) ist der Ansicht, daß die jetzige Wehrerziehung den in Rede stehenden Verhältnissen vollständig Rechnung trage. Das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht könne Ausnahmen nicht gestatten, ohne mit sich selbst in Widerspruch zu treten. Die geforderte Sonderstellung stehe ohne allen Vorgang da. Auch für die Teilnahme an den Wehrleistungen des praktischen Lebens sei der Militärdienst der Geistlichen keine zweckmäßige Vorbildung. Eine Sonderstellung würde eines Berufes gegenüber der Militärfähigkeit nicht greifbar. Er halte demgemäß den vorliegenden Antrag für nicht gerechtfertigt. Der Auffassung des Abg. Dr. Delbrück bezüglich des Unterschiedes, der zwischen katholischen und evangelischen Geistlichen hier zu machen sei, kann er nicht zustimmen.

Abg. Dr. v. Mycielski (Pole) erklärt sich für den Antrag, indem er auf den Priestermangel in den östlichen Provinzen hinweist.

Abg. Dr. Windthorst (Zentr.) ist der Meinung, daß auch in evangelischen Kreisen die Annahme des Antrags erwünscht sei. Das Wesen der Geistlichen aller Konfessionen sei davor, daß es mit dem Wehrdienst nicht vereinbar sei. Die Wehrpflicht erfüllen im Felde vollaus ihre Pflicht durch den Wehrdienst, den sie den Verbundenen und Sterbenden gegenüber nicht gerechtfertigt. Der Auffassung des Abg. Dr. Delbrück bezüglich des Unterschiedes, der zwischen katholischen und evangelischen Geistlichen hier zu machen sei, kann er nicht zustimmen.

selbe Recht. Den Individuen wie den Behörden werde volle Freiheit gelassen.

Damit ist die erste Beratung des Antrages beendet. Zu der sich anschließenden zweiten Beratung bittet der Abg. v. Huene (Zentr.) den Abg. v. Bleis-Regow, sich bezüglich seines Antrages mit dem Abg. Delbrück zu verständigen und seinen Antrag demgemäß zu modifizieren.

Der Antrag v. Bleis-Regow lautet: „Den Herrn Reichstagler zu ersuchen, herbeiführen zu wollen, daß Einjährig-Freiwillige, welche sich dem Studium der Theologie einer mit Korporationsrechten innerhalb des deutschen Reiches bestehenden Kirche oder Religionsgesellschaft widmen, in Friedenszeiten auf ihren Antrag nach halbjährigem Dienste mit der Waffe das zweite Halbjahr als Lazarethgehilfen dienen.“

Abg. Richter (dir.) bemerkt, daß die Regelung der Materie große Schwierigkeiten habe. Eine Fassung würde sich leichter finden lassen, wenn sich die Vertreter der verbundenen Regierungen an der Beratung beteiligten.

Abg. v. Bleis-Regow (kons.) ist gleichfalls der Ansicht, daß der Mangel an Beteiligung seitens der Regierung an der Debatte die Verhandlungen außerordentlich erschwere. Er ist bereit, in seinem Antrage die Worte „auf ihren Antrag“ fallen zu lassen.

Abg. Dr. Windthorst (Zentr.) nimmt diesen Antrag an, jedoch nur angesichts der Nothlage, in der sich seine Partei mit ihrem Antrage befinde.

Abg. v. Bleis-Regow (kons.) betont, daß sein Antrag auf einem einstimmigen Beschlusse der evangelischen General-synode basire, der auf Anregung des Herrn v. Bodelschwingh-Bielefeld gefaßt sei.

Abg. Dr. Delbrück (Reichsp.) ist in sofern mit dem Antrag v. Bleis-Regow einverstanden, als derselbe durch Weglassung der Worte „auf ihren Antrag“ sich mit seinem (Delbrücks) Antrag im wesentlichen deckt.

Nach kurzen Bemerkungen der Abgg. Dr. Windthorst und v. Bleis-Regow wird die Debatte geschlossen. — Bei der Abstimmung über den Antrag v. Huene bleibt das Bureau über die Majorität zweifelhaft, so daß zur Auszählung geschritten werden muß. Es werden 127 Stimmen für, 111 gegen den Antrag v. Huene abgegeben; damit ist derselbe angenommen und dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Es folgt die erste und zweite Beratung des vom Abg. Dr. Windthorst (Zentr.) eingebrachten Gesetzesentwurfs, betr. die Aushebung des Gesetzes über die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern, vom 4. Mai 1874.

Abg. Dr. Windthorst (Zentr.) begründet den Antrag, der schon wiederholt eingebracht und vom Hause angenommen worden sei. Er hoffe, daß derselbe auch diesmal die Zustimmung des Hauses finden werde.

Abg. Dr. v. Marquardsen (noll.) erklärt, daß seine Freunde die jetzige dem Antrage Windthorst zustimmen werden. Das betreffende Gesetz sei eine Folge von Kämpfen, die glücklich beendet seien. Nachdem die Ursache weggefallen, sei auch das Gesetz hinlänglich geworden, daher werde seine Fraktion den Antrag annehmen. (Beifall.)

Abg. Richter (dir.): „Dann scheint eine Diskussion vollständig überflüssig zu sein, ich beschränke mich daher unter Berufung auf unsere früheren Ausführungen auf die Erklärung, daß wir einstimmig dem Antrage zustimmen. (Beifall links und im Zentrum.)“

Abg. v. Rheinbaben (Rp.): „Auch meine Fraktion hat einstimmig beschlossen, dem Antrage zuzustimmen. Früher waren wir dagegen, weil wir ihn als eine Demonstration ansehen mußten. Nachdem dieses Bedenken beseitigt ist, glauben wir der Waise, die in diesem Gesetze liegt, entziehen zu können. Es wird zur Verurteilung des katholischen Volkes beitragen, wenn wir diesen letzten Stachel des Kulturkampfes beseitigen, dann wird man uns auch nicht mehr verdächtigen können, daß es uns bei der Beendigung des Kulturkampfes nicht ernst sein könne. Aus diesen Gründen stimmen wir heute einstimmig für den Antrag. (Beifall im Zentrum.)“

Abg. Fürst Budywili (Pole): „Ich möchte in dieser schönen Einkünfte der Stimme meiner Fraktion nicht fehlen lassen, um unserer Befriedigung Ausdruck zu geben, daß wir hier mit einem, zwar noch nicht dem letzten, aber doch recht traurigen Ueberbleibsel der Kulturkampfszeit aufräumen. (Beifall.)“

Abg. Müller (Marionerder, Reichsp.): „Vom Standpunkte eines Abgeordneten aus den deutsch-polnischen Landesheilen möchte ich nur hervorheben, daß es im Interesse des Deutschthums in diesen Landesheilen liegt, daß dieser Ueberrest aus der Kulturkampfszeit sobald wie möglich beseitigt wird. (Beifall.)“

Unsere Verhältnisse leiden unter der leidenschaftlichen Agitation vermittelt der Identifizierung von „deutsch“ mit „protestantisch“ und von „polnisch“ mit „katholisch“. Wird diese Reminiscenz des Kulturkampfes beseitigt, so wird ein besseres Zusammenleben möglich sein.

Abg. Singer: „Gegenüber der außerordentlich erfreulichen Uebereinstimmung wäre die Frage berechtigt: wer hat denn eigentlich den Kulturkampf angefangen? (Heiterkeit.) Wir stimmen dem Antrage aus unserer prinzipiellen Ueberzeugung zu, da wir gegen jegliche Ausnahmegesetzgebung sind, und ich knüpfe daran den Wunsch, daß der Reichstag auch bei einer anderen demnächstigen Gelegenheit mit der Wirtshaft der Ausnahmegesetzgebung aufräumen wird. Wenn wir ja für diesen Antrag stimmen, trotzdem ein großer Theil des Zentrums für das Sozialistengesetz ist, so kann ich diese Abstimmung nicht besser motivieren, als daß ich sage: Seht, wir Wilden sind doch bessere Menschen! (Heiterkeit.)“

Abgeordneter Gahn (deutschkons.): „Ich will auch meinerseits die Annahme des Antrages empfehlen. (Beifall im Zentrum.)“

Damit schließt die Generaldiskussion. Im Schlusssatz bemerkt

Abg. Windthorst: „Als Schlusssatz sage ich allen meinen verbindlichen Dank. (Heiterkeit.)“

Es folgt sofort die zweite Beratung.

Abg. Richter: „Ich konstatire, daß die Regierung auch hierbei nicht anwesend ist. Da sie sich früher heftig gegen den Antrag geäußert hat, muß sie sich jetzt wohl eines Besseren besonnen haben.“

Der Gesetzentwurf wird darauf gegen die Stimmen einiger Nationaliberalen angenommen.

Es folgt die erste Beratung des vom Abg. Windthorst beantragten Gesetzesentwurfs über die Ausdehnung der Bestimmungen der Kongo-Akte über die Gleichstellung der Konfessionen bei Ausübung der Missionsthätigkeit auf die deutschen Schutzgebiete.

Abg. Windthorst (Zentr.): Dieser wiederholt berathene Antrag müßte die Frage lösen, ob in unseren Kolonien volle Religionsfreiheit, besonders bei Ausübung der Missionsthätigkeit herrschen soll. Die bei der letzten Kolonialdebatte gegebenen Erklärungen des Herrn Staatssekretärs des Auswärtigen

Amtes befriedigen uns nicht ganz, waren aber theilweise entgegenkommend. Es steht daher nichts entgegen, daß wir diese Frage gesetzlich regeln.

Abg. Gahn (dk): Der dem Antrage zu Grunde liegenden Tendenz können wir beitreten, gegen den Antrag in dieser Form haben wir aber Bedenken. Die Missionsthätigkeit beider christlichen Konfessionen in den Schutzgebieten ist in möglichst großem Umfange wünschenswert, der Reichstag hat aber wiederholt die Ausdehnung der bezüglichen Bestimmungen der Kongoakte auf diese Gebiete nicht für notwendig erklärt. Wenn der Antragsteller heute neues Material vorgebracht, bewiesen hätte, daß die Reichsregierung die Gleichberechtigung der beiden christlichen Konfessionen nicht respektiert hat, so ließe sich ja über den Antrag reden. Wir sind gar nicht abgeneigt, auch gegen den Widerspruch der Regierung Anträge zu wiederholen — ich erinnere nur an die Arbeiter-Anträge — aber ihre Nothwendigkeit muß begründet sein. Außer diesem formellen habe ich noch ein sachliches Bedenken. Nehmen wir diesen Antrag an, so geben wir auch dem Islam ein Privileg, in unseren Schutzgebieten für seine Lehren Propaganda zu machen. Das aber wird auch der Antragsteller nicht wollen. Dem von dem Abg. Stöcker für die zweite Lesung vorbereiteten Antrage, Maßregeln zu treffen, daß beide christlichen Konfessionen sich in ihrer Missionsthätigkeit in den Schutzgebieten nicht gegenseitig beeinträchtigen, sich also nicht gegenseitig bekämpfen und anfeinden, würde ich meine Zustimmung nicht verlagern.

Abg. Wörmann: Auf Grund meiner persönlichen Erfahrungen kann ich den katholischen Missionaren nur die weiteste Ausdehnung ihrer segensreichen Thätigkeit in den Schutzgebieten wünschen. (Beifall im Zentrum.) Dies aber in einem besonderen Gesetz niederzulegen, halte ich nach den Erklärungen der Regierungsvertreter und namentlich des Herrn Staatssekretärs, für überflüssig und für bedenklich mit Rücksicht auf die Gefahren, welche aus einer Anerkennung des Islams entspringen könnten.

Abg. v. Ow (Rp.): Der Antrag Windthorst spricht für sich selbst. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Konkurrenz des Islams brauchen unsere christlichen Missionare nicht zu fürchten. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich würde es auf das Bedenklichste bedauern, wenn der gewiß vorzügliche Eindruck, den der heutige Sitzungstag im ganzen Deutschen Reiche machen wird, dadurch eingemacht abgeschwächt würde, wenn der Antrag Windthorst nicht angenommen würde. (Sehr richtig! im Zentrum.) Nehmen Sie den Antrag Windthorst an im Interesse des konfessionellen Friedens nicht bloß in den Schutzgebieten, sondern vor allen Dingen im Interesse des friedlichen Zusammenwirkens aller Parteien im Deutschen Reiche selbst! (Beifall im Zentrum und rechts.)

Abg. Hobbe (Reichsp.): Es könnte so scheinen, als ob die ganze Reichspartei derselben Ansicht sei, wie der Vorredner; das ist nicht der Fall. Ich möchte die warme Stimmung des heutigen Reichstages keineswegs kühlen. Wir sollten aber eine solche Stimmung nicht allzusehr auf uns einwirken lassen, weil wir die Konsequenzen dieses Antrages nicht übersehen können. (Oho! rechts.) Ja, das ist meine Ueberzeugung. Für Gewissensfreiheit, religiöse Duldsamkeit in den Schutzgebieten bin ich wie jeder Andere, aber ich weiß nicht, welche Hintergedanken bei dem Antrage vorhanden sind. (Unruhe im Zentrum.) Sie wissen, es thut mir sehr leid, daß ich das sagen muß, gewisse Orden (Zustimmung), welche im deutschen Volke . . . (große Unruhe im Zentrum und rechts.) Ja, warum soll ich es nicht sagen, Klarheit ist vor allem notwendig, und wenn man die warme Stimmung im Reichstage vorausgesehen hätte, so hätte man noch ganz andere Gesetze vorschlagen können. Sie gestatten also, daß ich mit dem Finger auf diesen Gegenstand hinweise, offen und freudig. Ich werde gegen diesen Antrag stimmen. (Zustimmung auf der rechten Seite.)

Damit schließt die Diskussion. Das Schlusssatz erhält

Abg. Windthorst: Wir haben noch verschiedene Anträge in petto, denken aber nicht daran, sie in dieser Session zu stellen. Wir haben oft genug gesagt, welche Wünsche wir noch erfüllt sehen müssen, und wir werden sie wiederholen, bis sie erfüllt sind. Das dem Abg. Hobbe. Wir wünschen keine Bevorzugung irgend einer Kirche. Nimm eine Kirche den weltlichen Arm in Anspruch, so wird der Staat in Versuchung gerathen, Forderungen zu stellen, welche die Kirche nicht erfüllen kann. Ich habe gewiß nicht die Absicht, den Islam zu fördern. Der Geist, der den Islam groß gemacht, ist im Sterben. Wäre es aber auch nicht so, die christlichen Konfessionen würden doch im Stande sein, den Islam zu überwältigen. In prinzipiell von der religiösen Duldsamkeit auszuschließen, halte ich für unrichtig. Ich verlange für jede Religion Freiheit der Religionsausübung. Wie die Apostel in alle Welt hinausgeschickt sind, um frei zu lehren, so sollen es auch die Missionare werden. Keine Kirche, weder die evangelische noch die katholische, kann sich in dieser Wirksamkeit Grenzen ziehen lassen. Wie weit jede Konfession und ihre Missionare zu gehen haben, müssen wir dem Taftgefühl der letzteren überlassen. In jenen Gegenden werden sich wohl katholische und evangelische Missionare zu vertragen wissen.

Damit schließt die erste Lesung und das Haus tritt sofort in die zweite ein. Ein Antrag Stöcker will unter Ablehnung des Antrages Windthorst die verbundenen Regierungen ersuchen, Maßregeln zu treffen, durch welche die Festhaltung des Grundgesetzes der Pariser das gleichzeitige Wirken von Missionaren verschiedener Konfession in denselben Bezirken möglichst verhütet wird.

Abg. Stöcker: Mich veranlassen im Gegensatz zu dem Abg. Windthorst rein praktische Erwägungen zu meinem Antrage. Ich halte es nicht für richtig, auf kolonialen Boden Alles durch Gesetz festzulegen. Die Kongoakte vollends auf unsere Schutzgebiete auszudehnen, dagegen muß ich im Namen der Würde des Deutschen Reichstages protestieren. (Unruhe im Zentrum.) Die Kongoakte hat besonders auf den Einspruch des türkischen Gesandten die jetzige Form erhalten. Daß eine Fraktion aus römischen Katholiken für den Islam das Recht, zu missionieren, wünschen kann, schreibe ich nicht einer Weitzigkeit, einer besonderen Gewissensfreiheit zu, sondern dem Mangel an durchgebildeter konfessioneller Ueberzeugung. Der Arm des Gesetzes brauchte nicht einzugreifen, wenn es auf Erden nur eine Kirche gäbe. Den Vergleich mit den Aposteln würde ich dem Abg. Windthorst hingehen lassen, wenn er anerkennt, daß ebenso die evangelischen Missionare wie die katholischen Nachfolger der Apostel sind und wenn seine Kirche dasselbe thäte. Die „Frankfurter zeitgemäßen Fragen“ denken jedenfalls anders. Das Vertrauen, das Windthorst auf den Taft der Missionare hat, haben diese auf allen Gebieten außereuropäischer Mission nicht gerechtfertigt. (Beifall rechts.)

Der Antrag Stöcker wird abgelehnt; für denselben stimmen die Deutschkonservativen, die Reichspartei mit Aus-

nahme der Abgg. Graf Arnim und v. Ow, und von den Nationaliberalen die Abgg. v. Cary, Gebhard, Gottburgers, Kulemann, Schreiner.

Der Antrag Windthorst wird darauf angenommen; dafür stimmen das Centrum, die Welfen, Polen, Elbflücker, Freisinnigen und Sozialdemokraten, außerdem von der Reichspartei die Abgeordneten Graf Arnim, v. Goldbus, v. Güllingen, v. Ow, Herzog von Ratibor, sowie der deutschkonservative Reich.

Schluss 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr. (Zweite Lesung der Anträge, betreffend den Befähigungsnachweis.)

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 12. Dezember. Der Stadtverordneten-Vorsteher, Stadtv. Dr. Stryk, eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr mit einer Reihe geschäftlicher Mittheilungen.

Die Tribünen sind überfüllt. Zwei Ausschüsse sind von den Mittheilungen gewählt worden.

Nach Eintritt in die Tagesordnung beschließt die Versammlung, die Vorlage, welche sich mit der Straße zum Neubau einer Gemeindegewerbeschule auf dem Grundstück Friedenstr. 33 beschäftigt, an einen Ausschuss zu verweisen.

An den Rechnungsausschuss geht die Vorlage, betreffend die Festsetzung der Kaufpreise für die Erweiterung der Zentral-Markthalle zu verwenden der städtischen Grundstücke Neue Friedrichstr. 31, 32, 33 und 34.

Stadtv. Wohlgenuth beantragt: Die Stadtverordneten-Versammlung solle beschließen: 1. den Lühöplatz aus den Ueberschüssen des Etatsjahres 1888/89 zu erwerben; 2. den Magistrat zu ersuchen, diesem Beschlusse beizutreten und der Versammlung eine Vorlage zu machen.

Er begründet diesen Antrag mit dem Hinweis auf die unzureichenden Verhältnisse, die den jetzigen Zustand des Lühöplazes mit sich bringen.

Es folgt die Vorlage, betreffend die Niederlegung der Schloßfreiheit. Der Antrag des Magistrats ist bekannt. Zu ihm liegen Abänderungsanträge vor.

Die Stadtverordneten Meyer I, Frenzel, Gerkenberg, Kalisch, Poemel und Solon beantragen: Statt des ersten Satzes der Magistratsvorlage: Unter der Voraussetzung, daß dem Komitee für die Niederlegung der Schloßfreiheit die staatliche Genehmigung zu der von ihm geplanten Lotterie erteilt wird, und unter der ferneren Voraussetzung, daß dem Magistrat durch Erklärung der kompetenten Behörden der Nachweis erbracht wird; es werde falls es zur Niederlegung der Privathäuser an der Schloßfreiheit kommt, auch das an der Ecke dieser Straße belegene fiskalische, zur Zeit an den Restaurateur Selms verpachtete Grundstück ohne Inanspruchnahme einer Entschädigung freigelegt werden, ermächtigt die Versammlung den Magistrat, über die Mitwirkung der Stadtgemeinde bei der Niederlegung der Schloßfreiheit mit dem gedachten Komitee folgende Vereinbarung zu treffen; x. soll es heißen: Die Versammlung ermächtigt den Magistrat für den Fall, daß das Komitee für die Niederlegung der Schloßfreiheit bereit und im Stande sein wird, die kostenfreie Auflassung sämtlicher an derselben belegenen, im Privatbesitz befindlichen Grundstücke an die Stadtgemeinde Berlin ohne einen von derselben zu leistenden Zuschuß zu bewirken und unter der Voraussetzung x. Ferner soll Nr. 3 der Bedingungen, welche in der Magistratsvorlage lautet: 3) Die Stadt übernimmt das durch den Abbruch der Häuser freigelegte Terrain als einen öffentlichen Platz, auf welchem das im § 6 unter a des Vertrages vom 11. 30. Dezember 1875, betreffend die Uebernahme der fiskalischen Straßen- und Brückenbaukosten, dem Staate vorbehaltenen Recht Anwendung findet. Soweit der Staat von diesem Rechte keinen Gebrauch macht, befähigt die Stadtgemeinde die Befreiung über die Gehaltung des Platzes vor, wird aber die Uebernahme des Platzes für diese Gestaltung aufzustellenden Projekt einholen, folgende Stillsicherung erhalten: Die Stadtgemeinde Berlin übernimmt das durch den Abbruch der Häuser freigelegte Terrain als einen öffentlichen Platz nach Maßgabe der Bestimmungen des Vertrages vom 11. 30. Dezember 1875 betreffend die Uebernahme der fiskalischen Straßen- und Brückenbaukosten. Die Gehaltung des Platzes unterliegt der Allerhöchsten Genehmigung.

Der Stadtv. Friedemann beantragt, in diesen Unterantrag die Worte einzufügen: unter Ausschluß der Aufbringung der Mittel durch eine Lotterie.

Der Stadtverordneten-Vorsteher, Stadtv. Dr. Stryk, übergibt den Vorschlag während der Beratung dieser Vorlage an seinen Stellvertreter, Stadtv. Dr. Langerhans, und zwar um, wie Letzterer erklärt, unbedenkliche Verede zu vermeiden!

Stadtv. Singer: Es könnte eigenhümlich erscheinen, wenn ich, der ich gegen die Vorlage bin, mit einem gewissen Ausdruck der Befriedigung beginne. Befriedigt bin ich, weil die Vorlage so frühzeitig an uns gelangt ist, während wir sonst solche Schnelligkeit des Magistrats nicht gewohnt sind. Ich kann mich aber des Gedankens nicht erwehren, daß der Magistrat nur deshalb die Gelegenheit so beschleunigt, um die Vorlage noch in diesem Jahr vor die Versammlung zu bringen. Der Magistrat mag fürchten, daß nach Eintritt des neugewählten Drittels der Versammlung die Vorlage ein anderes Schicksal haben könnte, als jetzt. (Sehr richtig.) Es ist wenig angemessen, daß der Magistrat den neu gewählten Vertretern der Bürgerschaft die Möglichkeit nimmt, über die Vorlage ihr Votum abzugeben. Er hat ja bei früheren Fällen darauf Rücksicht genommen und wichtige Vorlagen zurückhalten in Rücksicht auf die Erneuerung der Versammlung. Zwei Gesichtspunkte sind es, die ich gegen die Vorlage anzuführen habe. Erstens soll die angelegte Verschönerung der Stadt auf einem Wege herbeigeführt werden, den ich als unmoralisch bezeichnen muß; denn der einzige Weg die Vorlage in die Wirklichkeit umzusetzen, ist der der Lotterie. Und diejenigen Kollegen, die dem Meyer'schen Zusatzantrag zustimmen, versuchen weiter nichts, als die Wahrheit zu verschleiern. Sie treiben die richtige Vogelkranzpolitik, wenn sie dadurch das Ding schöner zu machen suchen, daß sie das ominöse Wort „Lotterie“ herausstreichen. Das nützt ihnen aber nichts, denn jeder, der für die Vorlage auch in der vom Stadtv. Meyer I amendirten Form stimmt, muß es auf sich nehmen, daß er mit seiner Person dafür verantwortlich ist, daß die Mittel durch eine Lotterie beschafft werden. Leider sind Mitglieder des Magistrats, die im preussischen Abgeordnetenhause sitzen und dort bisher eine andere Meinung vertreten haben, dem Lotterie-Komitee beigetreten. Unsere Versammlung sollte sich vor diesem Standpunkte hüten. Der Magistrat hat das volle Gewicht seiner Autorität für den Plan eingesetzt, und dabei kennt er den Plan selber nicht genau, wie er durchaus nicht genau, wie die aufzubringenden Mittel verwendet werden. So ist man bei der näheren Beurteilung auf Zeitungsnotizen angewiesen. Da liest man, die Niederlegung der Schloßfreiheit werde 6-7 Millionen kosten, 40 Millionen sollen durch die Lotterie aufgebracht und 27 Millionen davon zu Gewinnen verwendet werden. Es bleiben demnach 6 bis 7 Millionen, die denjenigen in den Schooß fallen, welche die Lotterie planen. Was würde Ihre Zustimmung demnach begünstigen, als die Frustsitzung des unerschämtesten Spielwuchers. (Rufe: Sehr richtig! Unruhe.) Es kommt nur so vor, als sollte hier eine Spielart von Patriotismus geübt

werden, den ich Lotterie-Patriotismus nennen möchte. (Unruhe.) Ueber die Nothwendigkeit der Niederlegung der Schloßfreiheit im öffentlichen Interesse kann man verschiedener Meinung sein. Ich sehe kein öffentliches Interesse daran. Wenn aber die Majorität gegentheilig Ansicht ist, wenn sie meint, die Niederlegung der Schloßfreiheit sei nothwendig im Interesse der Stadt, dann ist es ihre Pflicht, die dazu nöthigen Gelder selber aufzubringen. Sie darf aber auf keinen Fall ein größeres öffentliches Interesse schädigen durch Zulassung einer Lotterie. Mit beiden Füßen machen Sie mit der Annahme dieser Vorlage einen Sprung ins Dunkle. Die Konsequenzen, die sich aus ihr ergeben, sind nicht zu übersehen. Lassen Sie die Häuser nur erst einmal heruntergerissen sein und den Platz leer stehen, dann werden Sie von A anfangen und das ganze Alphabet durchkutschieren müssen. (Sehr richtig! Unruhe.) Bitten Sie den Magistrat doch einmal, er solle Ihnen einmal ausrechnen, was der Plan der Stadt Berlin kosten wird. Wenn hier Anträge gestellt werden, die das Budget um ein paar hunderttausend Mark belasten, wenn es sich darum handelt, die Löhne der städtischen Unterbeamten zu erhöhen, dann heißt es stets: Das geht nicht; das führt uns zu weit! Dann ist von den „Konsequenzen“ die Rede, hier haben Sie derartige Bedenken nicht, hier gehen Sie mit verbundenen Augen vor. Und gerade in der heutigen Zeit wären wahrlich diejenigen Gelder, die noch in Veräußerung mit dieser Vorlage werden bewilligt werden müssen, besser zu verwenden. (Unruhe.) Lehnen Sie den Antrag des Magistrates ab, lehnen Sie auch den Antrag Meyer I ab, der noch unsympathischer ist, weil er die Wirkung hat, die thatsächlichen Verhältnisse zu verschleiern. Die Bürgerschaft wird kein Verständnis dafür haben, daß die Versammlung Beschlüsse faßt, in denen sie thut, als wählte sie nichts vom Lotterietheorieplan. Die Annahme des Antrages Meyer I würde die Position der Versammlung nur verschlechtern. — Noch eins ist für Sie zu bedenken. Diejenigen Kreise, von deren schließlichem Genehmigen der ganze Plan abhängig ist, haben eine andere Stellung dazu eingenommen, als der Magistrat erwartete. Der Magistrat dachte sich mit der staatlichen Genehmigung der Lotterie bedenklich, indem er seine Genehmigung davon abhängig machte. Die Regierung ist aber etwas früher aufgestanden, als der Magistrat. Die Minister des Innern und der Finanz haben das Lotterie-Komitee bestanden, es solle sich erst die Zustimmung der Stadt verschaffen, daß sie die Lotterie wolle (Unruhe), dann werde man weiter sehen. Was würde der Magistrat dazu sagen, wenn der Reichskanzler in einem Brief ihm gewiss vorhandene große Maß von Moralität faßt: Nein! Wir genehmigen die Lotterie nicht. Dieser Möglichkeit sollte die Versammlung sich und den Magistrat nicht aussetzen. Auf das, was verschiedene Mütter von einer „Probe auf den Patriotismus der Versammlung“, von der Verpflichtung den Wünschen gewisser Stellen nachzukommen, will ich nicht sprechen. Die Vorlage soll ganz objektiv geprüft, sie wird auch dann verworfen werden. (Beifall und Widerspruch.)

Stadtv. Meyer I beginnt seine Ausführungen mit der Betonung, daß die Angelegenheit, welche die Gemüther erregt habe, wie selten eine städtische Angelegenheit, durchaus jeden politischen Hintergrund entbehre. Es kämen lediglich praktische und ethische Gesichtspunkte in Betracht. Bekanntlich habe der Magistrat schon im Jahre 1870 für die Niederlegung der Schloßfreiheit einen Beitrag von einer Million zu leisten sich bereit erklärt. Den vom Vordredner gebrauchten Ausdruck von dem Sprung ins Dunkle könne er nicht für zureichend halten. Diejenigen der Versammlung, welche für die Vorlage eintreten, wüßten wohl, daß es sich nicht nur um die Beschaffung von Gartenanlagen handle, sondern daß den Behörden noch weitere Kosten erwachsen würden. Durch die damit in Verbindung gebrachte Denkmalsfrage sei die Sache etwas verwickelt geworden, hieron werde die Versammlung aber gar nicht berührt. Wenn die Vertretung des Deutschen Reiches dem Kaiser Wilhelm ein Denkmal setzen wolle, dann würde sie auch den passenden Platz dafür zu finden wissen. So lange es Staatslotterien gäbe, so lange Lotterien zur Hebung der Industrie und Kunst, zur Pferdezaucht u. s. w. existirten, so lange könne er den vorgeschlagenen Weg auch nicht für unmoralisch halten. Es handle sich lediglich um die Frage, ob die Versammlung berechtigt sei, die Schenkung eines Platzes abzulehnen. Diese Frage sei die einzig praktische, alles übrige sei nur hineingetragen worden. Die Versammlung habe sich mit der Frage der Lotterie gar nicht zu beschäftigen, hierüber habe lediglich die Staatsbehörde zu entscheiden.

Stadtv. Neumann I hält es nicht für zweifelhaft, daß im Interesse der Verschönerung der Stadt die Niederlegung der Schloßfreiheit wünschenswerth sei. Um dies festzustellen, hätte es der Vorlage des Magistrats gar nicht bedurft, die Vorlage habe eine ganz andere Bedeutung. Man verlange einfach von der Versammlung, daß sie klar und deutlich in einer bindenden Erklärung ihre Zustimmung zu der Ausführung des Planes geben solle. Nun könne man aber die Einzelheiten des Planes gar nicht und ebensowenig das Komitee, es sei keine Bürgerschaft dafür vorhanden, daß das Lotterieunternehmen gelänge und wenn man alle diese Gesichtspunkte berücksichtige, halte er es für richtiger, wenn die Versammlung sich erkläre, daß die Stadt zwar zu den Kosten, welche durch die Niederlegung der Schloßfreiheit entstünden, beitragen wolle, mit der geplanten Lotterie aber nichts zu thun haben wolle und sich entschieden gegen dasselbe erklären müsse.

Oberbürgermeister Dr. von Jordan bed: Seit Jahrzehnten ist die Niederlegung der Schloßfreiheit Gegenstand der Erörterung der städtischen Behörden gewesen, es sind zwei Stadtverordneten-Vorsteher für dieselbe thätig gewesen. Man kann den Personen des Komitees nur dankbar sein, daß sie die Angelegenheit so weit gefördert haben, wie sie es gethan. Es sitzen in dem Komitee in jeder Beziehung intakte und respectable Herren, wir können mit denselben den Kontrakt abschließen, indem wir erst Verpflichtungen übernehmen, wenn die Vorbereitungen erfüllt und die Häuser vom Komitee niedergegriffen sind. Wir haben dann den Platz, nur unter denselben Bedingungen zu unterhalten, wie die übrigen öffentlichen Plätze. In diesem Saale darf der Antrag des Magistrats nur beurtheilt werden von dem Gesichtspunkte des Wohles und des Gedeihens der Residenzstadt Berlin. (Sehr wahr.) Zu diesem Gesichtspunkte rechte ich allerdings auch ethische Momente. Die Kompetenz und die Verantwortlichkeit der Staatsbehörden wollen wir in keiner Weise antasten, wir wollen vielmehr nur das thun, was uns obliegt und wozu wir kompetent sind und wollen in diese ganze Sache nicht Momente hineinbringen, deren Beurteilung außerhalb unserer Kompetenz liegt. Daß die Freilegung der Schloßfreiheit eine ganz wesentliche Verschönerung der Hauptstadt darstellen würde, ist ganz zweifellos. Schon die Befreiung der Mühlengrundstücke hat auf die Freilegung des Schlosses einen großen Einfluß ausgeübt und wenn durch die Befreiung der Schloßfreiheit direkt um das Schloß der gehörige Raum geschaffen wird, würde dies vom wesentlichsten Nutzen für ganz Berlin sein. Jetzt wird uns von einem Komitee hochachtbarer Männer die Schloßfreiheit gewissermaßen auf den Präsentirteller gebracht und warum sollte man dies Geschenk zurückweisen? Die Lotterie ist in unserem Lande erlaubt, die Stadtgemeinde Berlin unternimmt nicht die Lotterie, sie betreibt sie auch nicht. Derartige Gedanken sind in den Vorverhandlungen laut geworden, aber rundweg abgelehnt worden. Die Stadtgemeinde Berlin vergibt nicht die Konzession, Sitte und Gewohnheit haben Lotterien zugelassen, Dome und Denkmäler

verdanken den Lotterien ihr Dasein und deshalb könne durch keine Opposition gemacht werden. Er glaube nicht, daß man um gewisser Doktrinen Willen es verantworten könne, einen greifbaren und höchst wünschenswerthen Vortheil für die Stadt Berlin abzulehnen und bitte um Annahme der Vorlage. (Beifall.)

Stadtv. Wied empfiehlt die Magistratsvorlage mit dem Meyer'schen Amendement.

Die erste Berathung wird hierauf geschlossen.

Stadtv. Cassel protestirt ganz entschieden dagegen, daß die Gegner sich von politischen Anschauungen leiten lassen, es sei zweifellos, daß die städtischen Behörden auch eine Mitverantwortung für die Lotterie übernehmen, wenn sie die Vorlage annehmen und die Gegner der Vorlage halten es für unethisch, die Mittel auf dem Wege der Lotterie zu beschaffen. Wollte man den Zweck erreichen, so solle man auch auf vernünftige Weise für die Mittel sorgen. In diesem Sinne empfehle er den Antrag Friedemann.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Friedemann mit 67 gegen 31 Stimmen abgelehnt und der Magistratsantrag in der vom Stadtverordneten Meyer I vorgeschlagenen Fassung mit 70 gegen 28 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen: Alt, Althaus, Dr. Bergmann, Cassel, Dr. Friedemann, Fürst, Gnadt, Grabe, Heilbronn, Heuriegel, Dr. Hermes, Dr. Langerhans, Leddihn, Mielenz, Mühlberger, Dr. Neumann I, Piekmann, Richter, Schem, Singer, Sachs II, Tropfke, Zukauer, Voormann, Weber, Wittkowski, Wohlgenuth und Wunder.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Schluss 8 Uhr.

## Lokales.

Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß die Influenza ihren Einzug in Berlin gehalten hat; aus allen Schichten der Bevölkerung, aus Fabriken, Geschäften und Anstalten aller Art, in welchen eine größere Anzahl von Menschen zu gemeinsamer Arbeit täglich vereinigt sind, namentlich auch aus Schulen, mehrten sich die Anzeigen von aufzutretenden „Fällen“. Glücklicherweise stimmen aber die Meldungen sämmtlich darin überein, daß die Krankheit sehr milde ausfällt und sich nicht über den Charakter eines gelinden sogenannten Schnupfensiebers hinaus steigert. Die beste Nährmutter für die Influenza ist natürlich die liebe Einbildung, welche die Krankheit schon gekommen wähnt, wenn kaum eine Spur derselben vorhanden ist. Wie viel eingebildete und wirkliche Erkrankungen zur Zeit Berlin aufzuweisen hat, läßt sich auch nicht annähernd feststellen, da amtliche Angaben noch nicht vorliegen. In Spandau hat z. B. die Epidemie lange nicht die Ausbreitung gefunden, wie nach der ersten Meldung des „Anz.“ für das Havelland anzunehmen war. Wie das Blatt gestern veröffentlichte, sind die 600 Erkrankungen von Arbeitern des Feuerwerkslaboratoriums lediglich auf einen Druckfehler zurückzuführen; in Wahrheit seien nur etwa 100 Arbeiter an der Grippe erkrankt.

Zur Reinhaltung der Bürgersteige bei Schneefällen sind die Hausbesitzer verpflichtet. Seitens des Polizeipräsidiums wird mit dem ersten Schneefalle den Grundbesitzern die betreffende Verordnung in Erinnerung gebracht. Das Wichtigste an der Bekanntmachung ist der Hinweis, daß die Nichtbefolgung der Vorschriften die Grundbesitzer auch zivilrechtlich für alle Folgen haftbar macht, die aus ihrer Verletzung entstehen. Die Verpflichtung der Grundbesitzer ist auf die Zeit von 7 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends ausgedehnt.

Der Verkehr auf der Spree, der seit Beginn dieser Woche infolge des mäßigen Frostes als für dieses Jahr beendet galt, ist durch das so plötzlich eingetretene starke Thauwetter wieder in Fluss gekommen. Für die Interessenten des Baugebietes ist dieser Witterungsumschlag von unerschöpflichem Vortheil, denn jetzt vermag er die dünne Eisschicht, die sich auf den weniger der Strömung ausgesetzten Wasserläufen bisher gebildet, noch zu zerstören, während das nach längerem Frost nicht mehr möglich gewesen wäre. Zahllose Steinkähne, die bis zur Havel hin die verschiedenen nach Berlin führenden Wasserwege bedeckten, sind jetzt in der Lage, ihre Materialen an die erforderlichen Ablandstellen heranzuschaffen, wodurch in erster Linie der Preis für die unentbehrlichen Ziegelsteine bedingt wird.

Eine Fernsprech-Verbindungsanlage ist zwischen dem Stadt-Fernsprech-Einrichtungen in Berlin, Rotibus, Fock (Lauß), Guden, Spremberg (Lauß) und Götting hergestellt worden und wird am 12. Dezember dem allgemeinen Verkehr übergeben werden. Die Benutzung der Anlage kann sowohl von den Sprechstellen der Teilnehmer und denjenigen in der Börse, als auch von den öffentlichen Fernsprechstellen aus Rathenow.

Der Weihnachtsmarkt hat vorgestern zum letzten Male seine Buden auf dem Schloßplatz aufgeschlagen und am Donnerstag wird der Trubel, der bis jetzt als eine „berechtigte Eigenhümlichkeit“ der Berliner Weihnachtszeit gegolten, von neuem beginnen. Die Reichshauptstadt ist schon seit etwa zwei Jahrzehnten Weltstadt, aber trotzdem wurde der Weihnachtsmarkt, der wohl seit Jahrhunderten sein Standquartier am königlichen Schloße aufgeschlagen hat, in allerhöchster Weise abgehalten. Daß er endlich abgesehen wird, ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Kaiser Wilhelm I. wohnte in seinem Palais „Unter den Linden“; der Lärm des Weihnachtsmarktes konnte ihn also nicht stören. Neuerdings ist aber die königliche Komille in's alte Schloß übergesiedelt; da mag das Getöse und Gejohle doch störend wirken. Ein zweiter Grund für die Aufhebung des Weihnachtsmarktes ist auch der Vegas-Brunnen, der im Frühjahr aufgestellt werden soll, obwohl der Brunnen doch nicht den ganzen Platz einnehmen wird. Ferner ist wahrscheinlich bei Erlass der Verordnung in Bezug auf die Aufhebung des Weihnachtsmarktes die Niederlegung der Schloßfreiheit maßgebend gewesen. Ein Stück Berliner Leben fällt mit dem Markt. Die heranwachsende Generation wird sich aber in späteren Zeiten von dem Treiben auf dem Schloßplatz erzählen.

Was an der Niederlegung der Schloßfreiheit verdient werden soll. Drei Malter, so schreibt ein Lokal-korrespondent, haben sich von den Hausbesitzern 1 1/2 Millionen Mark Provision ausbedungen. Der Besitzer eines kleinen Hauses von vier Fenstern Front, welches er erst kürzlich gekauft hat, nachdem ihm sein Haus am Werderischen Markt einen großen Verdienst gebracht, verdient davon 150 000 Mark.

Der Passensindruk in der akademischen Gasse, der bisher in geheimnißvollem Dunkel gehalten geblieben ist, die semetwegen angestellten Untersuchungen ohne jegliches Ergebniß geblieben sind, dürfte endlich aufgeklärt werden. Dem „Berl. Tagebl.“ mitgetheilt wird, ist neuerdings ein auswärtiger Student unter dem Verdacht, den Diebstahl während seiner früheren Studienzeit in Berlin begangen zu haben, verhaftet worden.

Große Festsation erregt in Potsdam, wie man von dort schreibt, die gestern erfolgte Verhaftung eines Pauschisten vom 1. Garde-Regiment z. B. Seit Jahr und Tag wurden die Einwohner Potsdams durch einen strengen Einbrecher unruhig, welcher trotz aller Mühe der Polizei nicht zu ermitteln war. Namentlich suchte sich der Dieb Portierewohnungen zu seinen Einbrüchen aus, in welche er durch's Fenster einstieg, so daß er bald den Namen „Fensterkriecher“ erhielt. Zur

Montag  
Ergerfr.  
er densel  
breitig  
Rüde  
und  
Polizei  
als der  
des 1. G  
bereits  
nomen  
zum Vor  
endlich d  
Ein  
Heinend  
mitlag  
in Barwal  
berich  
Inbelaun  
Arbeiter  
überbrü  
troier ver  
der Ober  
Soll  
Morgen  
wohnend  
Ballong  
Große G  
gegrüdet  
De. brach  
Schloß  
Ein  
Nachmitt  
Ein groß  
in das G  
sch aber  
keimere  
dem F  
suchte die  
Schollen  
heilig  
Verfahren  
mit den  
am Ran  
lag. Da  
Ran sch  
Bedrang  
in das A  
Pol  
Man a  
Zergerol  
Ankunt  
Droste  
es mit d  
Stärke  
W. ta über  
ausseine  
gebracht  
trabe 27  
kleinere  
Pr  
Rets das  
Be  
Wormsch  
der Brä  
larung  
Ueber  
geform  
Stell  
R.  
nicht des  
meister  
Ra  
männer  
nungen,  
Be  
Es liegt  
Dr  
in sagen  
Be  
etwas d  
unwah  
ich nicht  
Dr  
hätte für  
Der  
Berger  
der De  
Antrag  
Auf  
auch die  
Ka  
Barau  
treant fi  
Zru  
am 20.  
halb 10  
geben  
und folg  
R  
Freu.  
Ne  
um halb  
Dr  
Be  
die Zeit.  
Ra  
Dr  
Anstun  
Ra  
gewiesen  
i. B. S  
Ber  
E  
kerten o  
W  
Erger  
nigend  
ogen  
Ra  
einen G  
haben  
gbracht  
G  
grisen;  
formirt  
Es  
mit Po  
Gensh  
3-

Montag Abend hörte nun der Bäckermeister Schulte in der Jägerstr. 24 ein verdächtiges Geräusch in seinem Laden. Als er denselben betrat, sah er sofort, daß die Kasse, mit etwa drei bis vier Mark Inhalt, beraubt war und daß der Dieb durch die Ritze über den Hof entflohen war. Er lief sofort hinterdrein und sah den Dieb an der Charlottenstr.-Ecke. Auf der Straße entpuppte sich der im Jockelanzuge befindliche Spitzbube als der Sergeant Hautboist Krenemann, welcher in der Kapelle des 1. Garde-Regiments u. S. das Glockenstuhl schlägt und bereits zehn Jahre dient. Eine in seiner Wohnung vorgenommene Hausdurchsuchung förderte eine Menge gestohlener Sachen zum Vorschein, so daß es keinem Zweifel unterliegt, daß man endlich den gefürchteten Fensterheiber ergriffen hat.

**Eine unbekante Frau** in mittleren Jahren, anscheinend dem Arbeiterstande angehörend, sprang gestern Nachmittag in selbstmörderischer Absicht von dem Koblenufer an der Birwaldbrücke in den Kanowehrkanal. Die zwischen der Brücke herrschende starke Strömung trieb die mit dem Tode ringende Unbekante durch die Brücke durch bis zur Gasanstalt, wo selbst Arbeiter, welche den Sprung mit angesehen hatten, die Lebensüberdrüssige mit Stangen an das Land zogen. Das 41. Polizeirevier veranlaßte sodann die Ueberführung der Bewußtlosen nach der Charite.

**Selbstmord eines Bauunternehmers.** Am Montag Morgen fand man im Hause Alvenslebenstr. 17 den Vorstrasse wohnenden Bauunternehmer Dr. an einem Spiegelhafen des Balkonzimmers der leer stehenden ersten Etage erhängt vor. Große Geldverluste aus jüngerer Zeit sollen den allseitig hochgeschätzten Mann in den Tod getrieben haben. Die Gattin des Dr. brach ohnmächtig zusammen, als sie die Nachricht von dem Selbstmord erhielt.

**Ein aufregendes Schauspiel** bot sich am Dienstag Nachmittag den Vorübergehenden an der Oberbaumbrücke. Ein großer Kahn war in die am Morgen von einem Dampfer in das Eis gebrochene Fahrtrinne hineingefahren. Diese hatte sich aber zum größten Theile wieder dadurch geschlossen, daß kleinere Eisschollen darin sich festgesetzt hatten. Ein Mann von dem Fahrzeuge fuhr nun mit dem kleinen Handkahn vor und suchte die Rinne frei zu machen, indem er sich fest in die Schollen hineinfuhr und dann mit dem kleinen Kahn möglichst festig schaukelte, wodurch die Schollen nachgaben. Bei diesem Verfahren kürzte der Schiffer plötzlich zur Seite, so daß er mit den Beinen im Kahn blieb und sich auch mit den Händen am Rande desselben festhielt, aber mit dem Rücken im Wasser lag. Das dünne Eis konnte Niemand ohne Gefahr betreten. Man setzte den großen Kahn in Bewegung und konnte dem Bedrängten endlich einen Haken reichen, an dem er sich wieder in das Fahrzeug half.

**Polizeibericht.** Am 12. d. Mts. Abends erschloß sich ein Mann auf dem Fur des Hauses Feldstraße 4 mittelst eines Terzerols. — Zu derselben Zeit ging das Pferd einer an der Anwartsseite des Potsdamer Bahnhofs haltenden führerlosen Droschke durch und lief die Leipzigerstraße entlang. Nachdem es mit dem Wagen gegen mehrere Pferdebahnwagen gerannt, kürzte es vor dem Hause Leipzigerstraße 4 nieder, wobei der Wagentreiber Janisch unter den Wagen gerieth und am Kopfe anscheinend schwer verletzt wurde, so daß er nach der Charite gebracht werden mußte. — Nachmittags fanden Spandauerstraße 27 und Wasserstraße 31 und Abends Treskowstraße 20 kleinere Brände statt.

## Elberfelder Sozialistenprozeß.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

**Präsident:** Der Staatsanwalt und das Gericht haben heute das Möglichste gethan, die Wahrheit zu ermitteln.

**Bebel:** Ich bin weit entfernt davon, dem Gericht einen Vorwurf zu machen. Ich bemerke sogar, in welcher Weise der Präsident die Zeugen zum Sprechen bringt. An der Erklärung Webers hatte die Staatsanwaltschaft keinen Theil. Ueber die Art, wie diese Anklage zu Stande gekommen, sprechen wir uns noch an anderer Stelle, Herr Staatsanwalt!

**R. A. Lenzmann:** Die Beschwerde der Verteidigung, nicht des Staatsanwalts, gegen die Befehle der Oberbürgermeister sind abgegangen.

**Rammhoff:** Die Korrespondenzen meiner Vertrauensmänner mit einzelnen Fraktionsmitgliedern betreffen Abrechnungen, Sammlungen und Flugblätter.

**Bebel:** Keiner meiner Fraktionsgenossen weiß davon. Es liegt uns daran die Wahrheit zu ermitteln.

**Präs.:** Rathen Sie auch den Angeklagten die Wahrheit zu sagen! Es wird viel verschwiegen.

**Bebel:** Ich kann unmöglich die Angeklagten veranlassen, etwas zu sagen, wovon ich nicht weiß, ob es wahr oder unwahr ist. Von den Vorgängen im Wupperthal weiß ich nichts.

**Präs.:** Wir konstatiren, daß von Ihrer Seite das Möglichste für die Wahrheit gethan wird.

**Der Staatsanwalt** beantragt eine Angehörtsklage gegen Lenzmann wegen seiner Aeußerung über das „böse Beispiel der Polizei“, zieht aber nach der Erklärung Lenzmanns seinen Antrag zurück.

**Auf Wunsch** Löwenstein konstatirt der Präsident, daß auch dieser stets die Wahrheit gesagt. (Große Heiterkeit.)

**Rammhoff** (auf Befragen eines Angeklagten): Mein Bureau besteht aus zwei Zimmern, die durch einen Flur getrennt sind.

**Zeuge Wilh. Meyer**, Maurer in Barmen (vereidigt): Am 20. Oktober war ich geschäftlich in Elberfeld und sah um halb 10 Uhr Röllinghoff in die Polizeistation Nr. 1 hineingehen. Nach 12 Uhr sah ich Röllinghoff wieder herausgehen und folgte ihm. Er sagte, er wäre beauftragt gewesen.

**Röllinghoff:** Es handelte sich um den Brief meiner Frau.

**Meyer:** Durch Zeugnisaussagen kann ich feststellen, daß um halb 10 Uhr Röllinghoff hineinging.

**Präsident:** Wir legen keinen Werth darauf.

**Bebel:** Aber wir; es handelt sich um die Glaubwürdigkeit.

**Rammhoff:** An die Zeit kann ich mich nicht denken. Ich verweigere die Auskunft.

**Präsident:** Mit den Worten: Ich verweigere die Auskunft! sollte man doch etwas sparsamer umgehen.

**Rammhoff:** Mir ist bekannt geworden, daß Ausgewiesene mit Ausweisakten nach Zürich geschickt wurden, z. B. Schwennhagen.

**Bebel:** Es steht sogar im „Soz.“, daß die Ausweisakten von vier Fraktionsmitgliedern unterzeichnet sein müssen. Herr Schwennhagen habe ich keine Karte gegeben, sogar auf Anfrage ungünstige Auskunft ertheilt. Schwennhagen ist nirgends ausgewiesen; er hat sich als Schwinder und Polizeisagent entpuppt. Er war nie Parteimitglied.

**Rammhoff:** Von Schwennhagen habe ich nicht durch einen Gewährsmann, sondern anderweitig gehört. Schwennhagen wurde durch einen Parteigenossen aus Zürich weggebracht.

**Grimpe:** Den Fall Schwennhagen habe ich im „Soz.“ gelesen; durch denselben wird der Zeuge sich wohl auch informiert haben.

Es tritt eine Pause von 20 Minuten ein.

**Der Präsident** theilt mit, daß vom Oberbürgermeister dem Namen dem Sergeant Litzmann die Rennung seines Gewährsmannes unterliegt sei.

**Zeuge Kern**, Polizei-Inspektor zu Stuttgart (vereidigt):

Bei v. Schumann habe ich Hausdurchsuchung gehalten und eine Papierumhüllung gefunden, von der sich annehmen ließ, es seien verbotene Schriften darin gewesen. Außerdem habe ich einige Schriften gefunden. v. Schumann ist ein Sozialdemokrat und ein gewandter und schlauer Mann. Er sprach in öffentlichen Versammlungen und bei Beidenbrüggern.

**Zeuge König**, Polizei-Inspektor zu Bielefeld (vereidigt): Am 13. Oktober 1885 ging in Bielefeld eine Karte ein an die Adresse Dietrich Hegemann. Diefelbe wurde auf der Güterexpedition beschlagnahmt; sie enthielt den „Soz.“ und verbotene Schriften. Auf eine Requisition der Elberfelder Staatsanwaltschaft wurde einmal ohne Erfolg nach verbotenen Schriften gesucht. Die beschlagnahmte Karte kam nicht aus Elberfeld, sondern aus Aachen. (Auf Befragen Webers:) Hegemann ist der Führer der Bielefelder Sozialdemokratie und war zweimal Reichstagskandidat.

**Bebel:** Es ist doch sonderbar, an einen solch' bekannten Mann verbotene Schriften zu senden und daraus ev. geheime Verbindungen resultiren.

**Zeugin Ehefrau Brill** (vereidigt): Röllinghoff hat oft Drohungen gegen Harm ausgedroht und geäußert: „Harm und die anderen Brüder sollen Röllinghoff kennen lernen“. Es war dies, während über den Prozeß gesprochen wurde.

**Zeuge Stephan Brill** (vereidigt): Röllinghoff hat Drohungen gegen Harm ausgedroht und geäußert, wenn er Harm und die übrigen Brüder (die Angeklagten) vernichtet, werde er verschwinden. Harm hat niemals Röllinghoff verleumdet, nur behauptet, er leiste der Polizei Dienste.

**Harm:** Das hat sich jetzt herausgestellt.

**Zeuge Polli**, Schneider (vereidigt): Röllinghoff hat mich vor Harm gewarnt und gedroht, er werde ihn hereinfallen lassen, wenn er auch selbst dabei hereinsalle. Bei einer anderen Gelegenheit stieß Röllinghoff die gleiche Drohung aus.

**Röllinghoff:** Der Zeuge war beide Mal betrunken.

**Hüttenberger:** Röllinghoff war aber sehr häufig stark betrunken. (Heiterkeit.)

**Brill** bestätigt dies.

**Kaltenbach:** Auf Verlangen Röllinghoffs und Bledmanns reichte ich eine Denunziation gegen Harm ein. Röllinghoff sah dabei, als sie gemacht wurde.

**Röllinghoff:** Ich war nicht dabei.

**Kaltenbach:** Röllinghoff war dabei, auch Andere, die ich als Zeugen zu laden bitte.

**Röllinghoff:** Es handelte sich um eine andere Sache.

**Kaltenbach:** Röllinghoff sagte mir, er wolle einen Brief von mir haben, um Harm zu denunziren. (Auf Veranlassung des Staatsanwalts:) Was die rabirte Stelle in meinem Notizbuch bedeutet, weiß ich nicht mehr. Ob ich persönlich an Harm den „Sozialdemokrat“ bezahlt habe, darüber verweigere ich die Auskunft.

(Röllinghoff entfernt sich mit seiner Frau.)

**Zeuge Ferdinand Schneider** aus Barmen: Röllinghoff hat Drohungen gegen Harm und Andere ausgedroht und erklärt, sich schwer rächen zu wollen. An dem Tage, als die Karte mit den Flugblättern bei Pahn beschlagnahmt wurde, war ich bei Neumann, habe aber durchaus nichts bemerkt, was auf eine Flugblattverbreitung hindeuten konnte. (Der Zeuge wird vereidigt.)

**Zeuge Uhle**, Gendarm aus Suhl (vereidigt): Ich erhielt die Weisung, bei Weis eine Hausdurchsuchung vorzunehmen und fand 12 verschiedene Druckachen, nur einzelne Exemplare, die ich an den Amtsvorsteher ablieferete. Von einem Paket aus Rendsburg hat mir Weis nichts gesagt.

**Zeuge Greiffelt**, Postbote zu Suhl (vereidigt): Ein Paket aus Rendsburg habe ich nach Goldlauter gebracht und an den Adressaten abgegeben. Ob an Weis und seine Frau Weis ich nicht mehr.

**Weis:** Ich heiße Balduin Weis; es giebt in Goldlauter noch einen anderen Weis, G. Weis. Die Paketadresse lautet auf G. Weis.

**Uhle:** Es giebt eine Georgine Weis, in einem Konsumvereine.

**Präs.:** Die Paketadresse lautet auf G. Weis, Konsumvereinsvorsitzer.

**Greiffelt:** Ich glaube, das Rendsburger Paket an Balduin Weis abgegeben zu haben.

**Weis:** Bei Wechselungen der Briefe und Pakete kommen häufiger vor. Obgleich der Postbote die Pakete sehr selten an mich abgibt, wird er doch wohl meinen Namen darauf als Empfänger angeben.

**Zeuge Dieck**, Steuerloosmaehle (vereidigt): Mitglied des Ronsdorfer Lesevereins war ich eine Zeit lang. Ob der Leseverein meist aus Sozialdemokraten besteht, weiß ich nicht. Bei der Aufnahme bin ich nicht nach meiner politischen Gesinnung befragt worden.

**Zeuge Bobender**, Lehrer (vereidigt): Ich war in einer Wirtschaft zu Venep, als dort von Schürmann ein Flugblatt in zwei oder drei Exemplaren ausgegeben wurde.

**Zeuge Pietsch**, Lehrer zu Ronsdorf (vereidigt): Von geheimen Versammlungen oder Komitees weiß ich nichts. Es wurde in Langenhäus eine Rede gehalten und Gurrath gerufen, weiter kann ich nichts sagen.

**Zeuge Lena**, Wirth zu Elberfeld (vereidigt): Daß bei mir eine sozialistische Versammlung war, ist mir nicht bekannt. v. Schamm und Andere verkehrten wohl gelegentlich als Gäste in meiner Wirtschaft.

**Zeugin Frau v. Schamm** verweigert die Aussage und wird entlassen.

**Zeuge Fleuth** (war Beschuldiger) wird unvernommen entlassen.

**Zeuge Müggenburg**, Bandwirth: Salzberg kenne ich. Ueber die Verbreitung des „Soz.“ weiß ich nichts. Ueber Versammlungen verweigere ich die Aussage. In das Notizbuch Salzbergs wird mein Name wohl gekommen sein, weil ich Abonnementsgelder für die „Freie Presse“ an ihn ablieferete.

**Salzberg:** Notizen habe ich austradirt, damit bei einer Hausdurchsuchung nicht gefunden werde, mer mit Abonnementsgeldern für die „Freie Presse“ im Rückstand war.

**Zeuge Theodor Gasmüller** zu Solingen: In der Sache bin ich nie vernommen worden. (Er ist Schwager des Reichstagsabgeordneten Schumacher.) Ich bin bereit zum Aussagen. Ich war öfter in Elberfeld. Ueber die „Freie Presse“ habe ich vielleicht mit Bekannten gesprochen. Bei Morian in Barmen war ich nie; ich kenne keinen Morian. An einer Zusammenkunft wegen der Fr. Dr. habe ich meines Wissens nie Theil genommen. Sozialdemokrat bin ich und lese natürlich die „Fr. Dr.“

**Rechtsanwalt Lenzmann:** In dem Polizeibericht steht, daß Gasmüller bei Morian in Barmen oder Elberfeld gewesen sei.

**Gasmüller:** Von der Verbreitung des „Soz.“ weiß ich nichts; meines Wissens wird er in Solingen überhaupt nicht verbreitet.

Auf den Zeugen Wilhelm Jakobs, Tischler zu Elberfeld, wird verzichtet.

**Zeugin Frau Jankowsky** (vereidigt): Am Ostermontag 1888 sah ich Hugo Schumacher ein Paket tragen; es war am Tage vor der Hausdurchsuchung.

**Zeuge Grünrod**: Im Ronsdorfer Leseverein sind viele junge Leute. Von einigen glaube ich, daß es Sozialdemokraten sind, aber nicht von allen Mitgliedern. Von einer Differenz Schumachers mit Dieckgen weiß ich wohl, kann mich aber an Genaueres nicht erinnern. Ob in Ronsdorf der „Soz.“ gelesen wird, weiß ich nicht. Ich weiß von Niemanden in Ronsdorf, daß er ihn liest.

Der Zeuge wird vereidigt.

**Zeuge Würfel** aus Düsseldorf weiß über den „Soz.“ nichts zu bekunden. (Er stand auf der Liste von der Frau Wind.)

**Zeuge Hart** (vereidigt): In meine Wohnung wurde einmal ein „Gedenkblatt“ gemorfen; den Mann, der es brachte, kannte ich nicht. Den Angeklagten Winkler kenne ich nicht als den Mann. Dem Untersuchungsrichter sagte ich nur, ich glaube, daß Winkler der Mann wäre. Es war dunkles Wetter damals, am 10. März.

Auf die Zeugin Witwe Heder wird verzichtet, ebenso auf die Zeugin Frau Deyer.

**Zeuge Kuckelsberg**, Kleinschmied zu Elberfeld (vereidigt): In meine Wohnung wurde das „Gedenkblatt“ gemorfen, von wem, sah ich nicht. Vom Fenster aus konnte ich den Mann nur halb sehen, das Gesicht gar nicht. Ich kann nicht sagen, ob es der Angeklagte Winkler war.

**Zeuge Ritter**, Wirth zu Elberfeld (vereidigt): Von der Verbreitung des „Gedenkblattes“ habe ich nichts gesehen. Mein Junge sagte, es wäre ein Flugblatt gebracht worden. Später kam Winkler in meine Wirtschaft; ob er einen breiten Hut trug, weiß ich nicht mehr. Ein Polizeigeant in Zivil fragte Winkler nach seinem Namen, worauf Winkler sagte, das ginge ihm nichts an.

**Winkler:** Ich ging damals nach Cronenberg, um eine Geschäftsannonce aufzugeben. Ich beantrage die Ladung Klingelhöfers, der bekunden soll, daß andere Leute das Flugblatt verbreitet haben sollen.

**Ritter:** Ullensbaum erkenne ich als Begleiter Winkler's nicht.

**Ullensbaum:** Der Untersuchungsrichter hat mir gesagt, die Leute hätten beschworen, mich zu kennen.

**Zeuge Schopp**, Polizeigeant zu Elberfeld (vereidigt): Ich sah eine Person mit großem Hute ein Blatt niederlegen. Bei Ritter traf ich eine gleich gekleidete Person, von der ich auf Befragen eine Karte erhielt mit dem Namen Winkler. Der Anzug Winkler's war wie derjenige der von mir beobachteten Person.

**Winkler:** Ich habe in Elberfeld nie einen dunklen Ueberzieher getragen. Ich zeigte ihm nur meine Karte, gab dieselbe aber nur an Ritter als Geschäftsempfehlung.

**Schopp:** Die Karte hat er mir gegeben.

**Ritter:** An den Anzug Winkler's kann ich mich nicht erinnern.

**Schopp:** Ob Ullensbaum der Begleiter Winkler's war, kann ich nicht sagen.

**Winkler** beantragt die Ladung zweier Zeugen, die bekunden sollen, daß er kein Paket hatte.

**Zeuge Emil Pfeil** (vereidigt): Wilden begegnete mir auf der Straße mit Blättern unter dem Arm. Er gab mir sechs Stück, um sie zu vertheilen, was ich nicht that. Es war am 10. Juli 1887.

**Zeuge Wehrmann** (vereidigt): Wilden hat mir einmal ein Flugblatt „An die Wähler Deutschlands“ gegeben, welches ich verbrannte. Es war am 17. Juli 1887.

**Zeuge Gustav Steffen** (vereidigt): Ich habe einmal von einem Unbekannten ein Flugblatt erhalten. Ein anderer Mann kam später dazu. Ullensbaum erkenne ich nicht mehr, auch Winkler nicht.

**Zeuge August Trappe** zu Barmen (vereidigt): Ein Flugblatt wurde mir gebracht; den Ueberbringer kenne ich nicht; Rammhoff sagte, es sei Rendel. Ich glaube, es sei ein Stadtmissionar.

**Zeuge Mesche**, Polizeigeant zu Barmen (vereidigt): Ich habe gar nichts gesehen und weiß von der Verbreitung des Flugblattes nichts.

Auf den Zeugen Baum, Förster zu Barmen, wird verzichtet.

**Zeuge Franz Osenberg:** Ein Flugblatt habe ich gefunden, weiß aber sonst nichts. (Wird vereidigt.)

**Zeuge Otto Osenberg**, Anstreicherlehrling zu Elberfeld: Schneider gab mir einmal ein Flugblatt. Ob ein Mann mit Zeitungen bei Schneider war, weiß ich nicht mehr. Außer einem Mann mit rothem Schnurrbart besuchten auch Andere Schneider. Der Mann mit rothem Schnurrbart verkaufte Schneider einmal ein Buch für 25 Pf. (Auf Befragen des Präsidenten): Mein Bruder hat mich zur Wahrheit ermahnt. Ich sah, daß Schneider den „Soz.“ las; wer ihn gebracht, weiß ich nicht. Daß er es nicht. Von den Elberfelder Angeklagten erkenne ich keinen als den „Mann mit dem rothen Schnurrbart.“ Polizeikommissar Rammhoff wollte mir 3 M. geben, wenn ich ihm den Mann mit dem rothen Schnurrbart bezeichne. (Der Zeuge wird vereidigt.)

**Zeuge Richard Heuser**, früher Wirth zu Barmen (vereidigt): Hugo Schumacher und Rendel waren einmal bei mir; ich fragte, ob sie Flugblätter hätten; sie sagten, sie hätten nichts mehr; ich verstand Flugblätter. Schumacher sagte auch, sie hätten tüchtig gearbeitet; er würde mir eines bringen. Später brachte Hugo Schumacher ein anderes Flugblatt. Ich ging einmal mit einem Polizeigeanten, der eine geheime Versammlung beobachten wollte. Wir haben aber nichts bemerkt. An den Polizeisten Grehmann habe ich ohne Bezahlung Berichte geliefert. Ich versprach Kommissar Wilsing, es ohne Bezahlung zu thun. (Auf Befragen Lenzmann's): Die Konfession zum Wirtschaftsbeitrag ist mir für meine Angaben von Wilsing nicht versprochen worden.

**Zeuge Kirstein:** Dem Polizeikommissar Wilsing habe ich Berichte über Dr. Schmidt geliefert. Dr. Schmidt hielt den „Soz.“; ich hörte einmal, daß er 50 Mark nach Zürich schickte.

Der Zeuge wird vereidigt.

**Zeuge Reutter:** Ich wohnte im gleichen Hause mit Schneider. Er gab mir einmal ein Blatt. Ob er den „Soz.“ hatte, weiß ich nicht. Besuch bekam er wohl; Verdächtiges habe ich nie gehört.

Der Zeuge wird vereidigt.

**Zeuge Bernhard Meyer** ist durch Verwechslung geladen und wird unvernommen entlassen.

**Zeuge Lennah** (vereidigt): Im Leseverein bei Piepenbrink wurde aus einem Roman: „Anschuldigung zum Tode verurtheilt“, vorgelesen. Er handelte, glaube ich, von einer zum Tode verurtheilten Frau. Eine Broschüre gleichen Titels wurde nie gelesen. Die Lesevereinsversammlungen waren nie geheim.

**Zeuge Heinrich Kälpmann**, Wirth in Senep (vereidigt): Schürmann gab mir einmal das Blatt „An die Wähler Deutschlands“.

**Zeuge Dellenbusch:** Kaiser hat bei mir nie gefamelt; das habe ich auch keinem Polizisten erzählt. Kaiser hat wohl einmal gesagt, er nehme Geld entgegen für die Familien der Inhaftirten. Ich habe aber nichts gegeben.

Der Zeuge wird vereidigt.

Die Verhandlung wird auf Donnerstag vertagt.

## Soziale Uebersicht.

**Ächtung, Schrauben- und Facondreher!** Der Streik bei der Firma Reubaus u. Comp. in Vadenwalde dauert unverändert fort. Wir bitten die Kollegen, den Bezug fern zu halten. Wir bitten die Kollegen, sich mehr für die Streikenden zu interessieren, da schnelle Hilfe Noth thut. Zur weiteren Nachricht, daß die Sperre über die Firma Vachne u. Comp., Reichenbergerstr. 46; Bartels u. Hofbauer, Köpnickstr. 133a; Heimader u. Berr, Alexanderstr. 26, aufrecht erhalten bleibt.

**Achtung! Dreher und sämtliche Gerüstgenossen.** In der am 4. d. M. stattgefundenen öffentlichen Versammlung wurde einstimmig der Beschluss gefasst, die Wiener freilebenden Vermittlungsarbeiter (Sachverständigen) zu unterstützen. Als Vertrauensleute sind gewählt worden: J. W. Rautenberg, Bismarckstr. 22, v. 4 Tr. bei Reim; Ehler, Staligerstr. 29a, Hof Quergeb. 1 Tr.; Zeise, Barthelestr. 3; E. Kreiser, Blumenstr. 54, Hof part.; Ernest de Jung, Schönhauser Allee 187, Hof 4 Tr. bei Redstadt. Bei denselben sind Listen zu haben, bezüglich Sonnabends, Abends von 8-10 Uhr, und Sonntags, Vormittags von 9-12 Uhr in folgenden Lokalen: Schulz, Admiralstr. 40a; Gründel, Dresdenerstr. 116, früher Wendi; Schmidt, Kraustr. 48, früher Lockstadt; Gnadt, Brunnenstr. 38.

**Sämtliche Schlosser und Dreher der S. Stöver'schen Nähmaschinen-Fabrik** (Stein-Grünhof) haben wegen Verhinderung die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist fern zu halten! — Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

## Versammlungen.

Ein ungeheurer Menschenstrom ergoß sich am Mittwoch Abend nach der Unions-Brauerei in der Hafenhöhe, wo die Verkündigung des Wahlergebnisses stattfinden sollte. Schon um 8 Uhr war in dem großen Saal kein Stuhl mehr zu erlangen und immer noch strömten neue Scharen herbei, sodass die nach Tausenden zählende Menge Kopf an Kopf gedrängt den Saal füllte, als die Herren Klein und Räder vom Zentral-Komitee mit dem Resultat erschienen. Als nun Herr Klein das Resultat kundgab und erklärte, daß von den vier Stichwahlen drei mit einem Siege der sozialdemokratischen Partei endeten, da erhob sich ein brausender, minutenlang anhaltender Jubelruf, der sich beim Vorlesen der einzelnen Resultate immer wieder erneuerte. Nur einen Kreis, so bemerkte Herr Klein, wollten die Gegner uns zugehen; wir haben den Herren aber gezeigt, daß wir drei erobern konnten. Auch der 17. wäre unser gewesen, wenn dort alle Parteigenossen ihre Schuldigkeit getan hätten. Hierauf trat Herr Zubeil auf das Podium, um einige Worte an die Versammlung zu richten. Dann dem sozialdemokratischen Prinzip sei der glänzende Sieg errungen worden. Allen Anstrengungen des Herrn Jermir zum Trotz sei ein Umsturz der Wahl im 11. Bezirk hervorgegangen. Noch in der fünften Nachmittagsstunde glaubten die Herren ihre wertvolle Position durch ein Flugblatt derselben zu retten, in dem es heißt: „Die Wahl schwankt, bitte, verheßen Sie der staatsbehaltenden Partei zum Siege.“ Aber vergeblich war der Liebes Müß, odgleich die meisten „Freisinnigen“ für den antisemitischen Herrn Jermir votierten und auch die Beamten dieses Bezirkes Mann für Mann an den Wahltisch traten, um für Jermir zu stimmen. Eine große Genugthuung ist es für uns, daß wir von vornherein gesagt haben, wir wollen keinen Kompromiß, wir verlangen nur rein sozialdemokratische Stimmen. Recht auf einen Sieg kommt es uns an. Es hat sich heute wieder gezeigt, daß der „Freisinn“, trotzdem verkündet wurde, daß er für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmen wolle, fast ausschließlich für Jermir gestimmt hat. Die vollzogenen Wahlen haben uns ein Zeichen gegeben zu den nächsten Reichstagswahlen, bei denen die Arbeiterklasse Berlins deutscher sprechen wird. (Sämtlicher Beifall.) Die Herren Räder und Kohlhardt versichern, daß es nicht an den Hülfsleuten des 17. Wahlbezirks gelegen hat, daß uns dieser Bezirk noch einmal verloren ging. Herr Börner: Im 17. Wahlbezirk bewährte sich so recht das Wort Lassalle's: „Den Arbeitern gegenüber sind alle anderen Parteien eine reaktionäre Masse.“ Der antisemitische Kandidat Habertein war drei Mal bei mir; er wollte Führung schaffen. Ich habe ihm gesagt: Wir wollen klar vorgehen und lieber unterliegen, als ein Mandat erwerben durch Abmachungen. Ich habe ihm ferner gesagt, daß die Bürgerpartei weiter nichts als eine verstreute Bourgeoispartei sei, welche die Arbeiter unterführen wolle. (Stürmischer Beifall.) Wir haben im 17. Wahlbezirk mit viel abhängigen Elementen zu rechnen und hierdurch sind wir unterlegen. Herr Krause: Wir können nicht die Mittel in Anwendung bringen, welche den Gegnern zur Verfügung stehen. Die „Freisinnigen“ haben im 17. Bezirk vier Wahlbüreaux errichtet und die Wähler „an den Haaren“ herbeigezogen. Herr Gärtnner bedauerte, daß die Tischler in diesem Bezirk so schlecht gewählt haben. Herr Max Fahrwald wies auf den großen Erfolg im 35. Bezirk hin, wo die Wählerliche

Partei unsern Kandidaten Hersfeldt in einem Flugblatt zum „Juden“ gestempelt habe. (Große Heiterkeit.) Herr Lohm erwähnt noch, daß die „Freisinnigen“ im 17. Wahlbezirk die kleinen Geschäftsleute mittelst Wagen herangeholt haben. Herr Zubeil beleuchtet zum Schluß noch einmal die Thatsache, daß die beiden feindlichen Brüder, Antisemiten und Freisinnige, Arm in Arm gegen die Sozialdemokraten Front gemacht haben. Und dies sei geschehen wenige Tage nach der bekannten Flugblatt-Affäre, welche bald zu einer solennen Kauferei zwischen den Führern jener Partei geführt hätte. Herr Krause sprach zu den neugewählten Stadtverordneten den Wunsch aus, doch dafür Sorge zu tragen, daß die Wahlen nicht immer nach dem Umzugstermin stattfinden. Herr Zubeil ermahnte die Anwesenden, stets rechtzeitig Einsicht in die ausliegenden Wählerlisten zu nehmen, damit nicht so vielen das Wahlrecht durch fehlerhafte Eintragungen verloren gehe. Eine Resolution, den 1. Mai als Feiertag zu betrachten, wurde mit dem von Herrn Klein gestellten Zusatz, dies auch für den Tag der Reichstagswahlen gelten zu lassen, einstimmig angenommen. Ein dreifaches Hoch auf die internationale Sozialdemokratie, dem Hochrufe auf Zubeil folgten, schloß diese großartige Massenversammlung.

Der Verein der Modellstecher Berlins hielt am Montag, den 9. ds. Mts., im Weddingpark, Müllerstr. 178, seine ordentliche Vereinsversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Heindorf über: „Gewerkschaftsorganisation“. 2. Antrag betreffend Erhöhung der Unterstützung in Krankheitsfällen. 3. Vereinsangelegenheiten und Fragekasten. Herr Heindorf löste seine Aufgabe unter allgemeinem Beifall. Zu Punkt 2 wird beschlossen: „Vom 1. Januar 1890 ab die Unterstützung in Krankheitsfällen von 2 M. auf 3 M. zu erhöhen.“ Zu Punkt 3 wird beschlossen am 30. Dezember, Abends 8 Uhr, im Weddingpark eine Weingärtnerbesprechung unter den Mitgliedern zu veranstalten, wozu jährliche Beihilgen erwünscht ist und Jeder ein Geschenk im Mindestwert von 50 Pf. mitzubringen hat. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind willkommen.

**Große öffentliche Versammlung sämtlicher in der Sattelfabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen** Berlin und Umgebung am 13. Dezember, Abends 8½ Uhr, im Schützen Brunnen, Pariserstr. 11-13. Tagesordnung: 1. Der Aufnahmevertrag und die Organisation desselben für die Berliner Sattelfabrikanten. 2. Diskussion. 3. Diskussion. 4. Beschlüsse. Zur Deduktion der Unkosten findet eine Teilsammlung statt.

Verein ehemaliger Schüler der S. Gemeindefschule, Abends 8½ Uhr, im Rindfleisch-Kaffeehaus, Potsdamerstr. 72. Aufnahme neuer Mitglieder, welche das 18. Lebensjahr überschritten haben. Nachher Billednis. Gäste willkommen.

Vereinigung der Dreher Deutschlands, Ortsvereinsmutter Berlin 1 und 2. Neue Mitglieder werden jeden Sonntag von 8½-10 Uhr Abends bei W. Müller, Dresdenerstr. 116, aufgenommen. Ehrenbesitz werden Bewerber der Wähler-Liste entgegenkommen und die Feststellung ausgeben.

**Freiwillige Gemeindefschule**, Kolonnenstr. 28, Sonntag, den 15. Dezember, Vormittags 10 Uhr: Vortrag des Herrn Dr. Köpcke über: „Politik ein patriotischer Dichter des 19. Jahrhunderts.“ Gäste willkommen. — Montag, Abends 7 Uhr, beschließende Generalversammlung. Meldeamtlich erwünscht.

Die Vereinigung der Dreher Deutschlands, Berlin 4, hält am Montag, den 16. Dezember, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn W. Gnadt, Brunnenstr. 38, eine Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Wahl eines Schriftführers. 2. Vortrag des Herrn Gnadt über: „Kultur und Wohlstand.“ 3. Diskussion. 4. Beschlüsse und Fragekasten. Das Schreiben eines jeden Kollegen ist Ehrenlohn. Aufnahme neuer Mitglieder.

**Sängerin der freien Vereinigung aller in der chirurgischen Praxis beschäftigten Praxisten**, Montag, den 16. Dezember, Abends 9 Uhr, im Restaurant „Fischer“, Mühlstr. 11. Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die 2. Versammlung. 2. Beschlüsse und Fragekasten. Nachmittags 8 Uhr im Lokal des Herrn W. Gnadt, Brunnenstr. 38. Gäste willkommen.

**Sängerin der freien Vereinigung aller in der chirurgischen Praxis beschäftigten Praxisten**, Montag, den 16. Dezember, Abends 9 Uhr, im Restaurant „Fischer“, Mühlstr. 11. Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die 2. Versammlung. 2. Beschlüsse und Fragekasten. Nachmittags 8 Uhr im Lokal des Herrn W. Gnadt, Brunnenstr. 38. Gäste willkommen.

Mettenen-Chefvereiner, Lehnungsstunde von 8½ bis 11 Uhr Abends im Zoolingischen Klubhaus, Wannenstr. 14, 1 Tr. — Berliner Turnvereinsvereiner (Männerabteilung) Abends 8½ Uhr in der öffentlichen Turnhalle, Wackerstr. 11. — Turnverein „Gutenhof“ (Männerabteilung) Abends 8 Uhr im Lokal des Herrn W. Gnadt, Brunnenstr. 38. — Turnverein „Friedrichshagen“ (Männerabteilung) Abends 8½ Uhr im Lokal des Herrn W. Gnadt, Brunnenstr. 38. — Turnverein „Friedrichshagen“ (Frauenabteilung) Abends 8½ Uhr im Lokal des Herrn W. Gnadt, Brunnenstr. 38. — Turnverein „Friedrichshagen“ (Jugendabteilung) Abends 8½ Uhr im Lokal des Herrn W. Gnadt, Brunnenstr. 38. — Turnverein „Friedrichshagen“ (Kinderabteilung) Abends 8½ Uhr im Lokal des Herrn W. Gnadt, Brunnenstr. 38. — Turnverein „Friedrichshagen“ (Seniorenabteilung) Abends 8½ Uhr im Lokal des Herrn W. Gnadt, Brunnenstr. 38. — Turnverein „Friedrichshagen“ (Männerabteilung) Abends 8½ Uhr im Lokal des Herrn W. Gnadt, Brunnenstr. 38. — Turnverein „Friedrichshagen“ (Frauenabteilung) Abends 8½ Uhr im Lokal des Herrn W. Gnadt, Brunnenstr. 38. — Turnverein „Friedrichshagen“ (Jugendabteilung) Abends 8½ Uhr im Lokal des Herrn W. Gnadt, Brunnenstr. 38. — Turnverein „Friedrichshagen“ (Kinderabteilung) Abends 8½ Uhr im Lokal des Herrn W. Gnadt, Brunnenstr. 38. — Turnverein „Friedrichshagen“ (Seniorenabteilung) Abends 8½ Uhr im Lokal des Herrn W. Gnadt, Brunnenstr. 38.

## Neueste Nachrichten.

Der Seniorenkongress des Reichstages trat gestern Vormittag zusammen und wurde dabei festgestellt, daß heute die letzte Sitzung vor den Weihnachtstagen stattfinden soll. Auf die Tagesordnung werden die Anträge des Zentrums und der Deutsch-Konservativen auf Einführung des Befähigungsnachweises (zweite Lesung) gesetzt. Die erste Sitzung im neuen Jahre wird auf den 8. Januar anberaumt.

**Saarbrücken**, 12. Dezember. Die Belegschaften von Bouillental und Püttlingen streiken; auch die der Zeche von der Grube Dudweiler mit 3000 Mann wird voraussichtlich am Montag nachfolgen. — Gleitern haben in Dudweiler, Püttlingen, Altenwald, Reunkirchen große Versammlungen stattgefunden, welche die Wiedererrichtung der abgelegten Rammern für unerlässlich erklärten.

## Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

**Essen a. d. Ruhr**, 12. Dezember. Die Vertrauensmänner der nationalen Partei (Vereinigte Nationaldemokraten und Konservativen) des hiesigen Reichswahlkreises, beschloßen laut der „Reinisch-Westfälischen Zeitung“ in der gestern abgehaltenen Versammlung: In Erwägung, daß die heutige wirtschaftliche Bewegung innerhalb weiter Kreise der Arbeiterbevölkerung des Wahlkreises von den gegnerischen politischen Parteien zur Säulung ihres Parteieinflusses mit Verstand worden ist, und daß der nationalen Partei im Interesse des gesamten Vaterlandes vor allem daran liegen muß, Verhütung innerhalb dieser Kreise herbeizuführen, für die bevorstehende Reichstagswahl sich der Wahl zu enthalten.

**Saarbrücken**, Donnerstag, 12. Dezember. Infolge der gestern in Püttlingen stattgefundenen Bergarbeiter-Versammlung, welche die Niederlegung der Arbeit beschloß, ist heute ein Teil der Belegschaft von Bouillental und der Zeche „Von der Höhe“ nicht angefahren.

**London**, Donnerstag, 12. Dezember. Der Ausfall der Deizer der Süd-Metropolitan-Gas-Gesellschaft hat heute Nachmittag 2 Uhr mit der Arbeitseinstellung der Tagelöhner seinen Anfang genommen; ein anderer Teil der Arbeiter wird heute Abend 10 Uhr, der dritte Teil morgen früh 6 Uhr die Arbeit niederlegen. Der Streit ist damit im vollen Zuge. Die Direktoren der Gesellschaft erklären, daß sie genügend Arbeiter haben, um die Streikenden zu ersetzen, und daß sie alle Vorkehrungen getroffen hätten, um zu verhindern, daß die streikenden Arbeiter die arbeitenden belästigen. Eine Konferenz zwischen Kohlenhändlern und Vertretern der Kohlenarbeiter, welche heute Nachmittag im Ranshou House abgehalten wurde, hatte ein freundschaftliches Uebereinkommen zum Ergebnis, nach welchem der allgemeine Ausfall der Kohlenarbeiter auf alle Fälle ausgeschlossen ist. Inzwischen werden die Kohlenarbeiter nicht für die Süd-Metropolitan-Gas-Gesellschaft arbeiten, bevor dieselbe die Forderungen der Deizer bewilligt hat.

**Sozialdem. Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
Freitag, den 13. Dezember, Abds. 19 Uhr, im Saale der Volksbrauerei, Alt-Moabit:  
**Große Versammlung.**  
Tagesordnung: 182  
1. Die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie. Ref.: Carl Wildberger.  
2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragekasten.  
Gäste haben Zutritt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Fachverein der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampfmaschinen.**  
Sonntag, den 15. Dezember, Vormittags 10 Uhr, in Jentler's Salon, Münzstraße 11:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung: 197  
1. Vortrag des Herrn Zubeil über: „Die Bedeutung des Kalkulationswesens für die gesamte Arbeiterschaft.“ 2. Diskussion. 3. Vierteljahres-Abrechnung. 4. Verschiedenes und Fragekasten. Gäste willkommen.  
Der Vorstand.

**Fachverein der Kerndamer und verwandten Berufsgenossen Berlins und Umgegend.**  
Sonntag, den 14. d. M., Abds. 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Gnadt, Brunnenstr. 38:  
**Versammlung.**  
Tagesordnung: 199  
1. Vortrag des Herrn Pirch über: „Das Recht auf Arbeit.“ 2. Diskussion. 3. Wahl eines Kassiers. 4. Verschiedenes.  
Um recht zahlreichen Besuch bittet  
Der Vorstand.

Soeben erschien  
**Heft 8.**  
**Volks-Fremdwörterbuch**  
von  
**Wilhelm Liebknecht.**  
Sechste Auflage. — Erscheint in 12 Lieferungen à 20 Pf.  
Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße Nr. 44.

**Wegen Umwandlung in eine**  
**Genossenschafts-Bank**  
sollen zu fabelhaft billigen Preisen — einzeln — ausverkauft werden:  
**Teppiche** mit keinen **Webefehlern**  
**Gardinen** einzelne zurückgesetzte **Muster**  
sowie das ganze Lager von  
**Kleiderstoffen, Herren- u. Damen-Wäsche**  
im Laden **Alexanderstrasse 20a**, Eck Holmartstr. 10.

**Sämtliche Eisen- und Stahlwaaren, sowie Haus- und Küchengeräthe** (Kochgeschirre, Eismesser, Wäsche-Wringmaschinen)  
ferner: Schlittschuhe, Laubsäge-Utensilien u. s. w.  
empfehlen billigst  
**E. Vogtherr,** Landsbergerstr. 64, (am Alexanderplatz).

**Winter-Paletots und Anzüge für Herren und Knaben,**  
einzelne Röcke, Jaquets, Hosen, seidene und Plüsch-Westen, Hamburger und engl. Lederhosen. Eigene Werkstatt für Massbestellungen. Deutsch, engl. und französische Stoffe und Suche in großer Auswahl empfohlen  
**A. Runitz,** Kleidermacher, Neue Hofstraße 50, part.  
für Civil u. Militär,  
Durch Erparung der Ladenmiete billiger wie jede Konkurrenz.

**Bohntabak** A. Goldschmidt, Grandsauerstr. 6. [1658]  
am hiesigen Plage bekanntlich **Beste Auswahl.**  
**Savonarri sicher vrennende Tabake.**  
Strenge reelle Bedienung, billige Preise!  
Sämtliche im Handel befindlichen Roh-Tabake sind am Lager.  
**A. Goldschmidt, Grandsauerstr. 6**  
am hiesigen Plage.

**Der Arbeitsnachweis der Klavierarbeiter**  
befindet sich Raunynstraße Nr. 78 bei **Winger.** Die Adressenausgabe findet jeden Abend von 8-9½ Uhr und Sonntags mittags von 10-11½ Uhr, sowohl an Mitglieder als an Nichtmitglieder unentgeltlich statt.  
**Die Arbeitsvermittlungskommision**